

Abonnements:
Monatlich 55 Pfg. ausschließlich
Trägerlohn; durch die Post be-
tragen bei Selbstabholung viertel-
jährlich Mark 2.10, monatlich
70 Pfg. — Erscheint an allen
Wochentagen nachmittags.

Telegramm-Adresse:
„Volksstimme, Frankfurt/Main.“
Telephon-Anschluß:
Amt Hansa 7435, 7436, 7437.

Volksstimme

Inserate:
Die 6 gespaltene Petitzeile kostet
15 Pfg., bei Wiederholung Rabatt
nach Tarif. Inserate für die fällige
Nummer müssen bis abends 8 Uhr
in der Expedition Wiesbaden
aufgegeben sein. Schluß der In-
seratenannahme in Frankfurt
am Main vormittags 9 Uhr.

Postfachkonto 520.
Union-Druckerei, G. m. b. H.,
Frankfurt a. M.
(nicht Volksstimme adressieren!)

Sozialdemokratisches Organ für Wiesbaden-Biebrich-Rheingau, Lahntal, Westerwald

Verantwortlich für Politik und Allgemeines: Dr. Max
Quack, für den übrigen Teil: Gustav Hammer,
beide in Frankfurt a. M.

Separat-Ausgabe
Redaktion, Verlag und Haupt-Expedition: Frankfurt a. M., Großer Hirschgraben 17.
Redaktionsbüro: Biebrichstr. 49 **Wiesbaden** Expedition: Biebrichstr. 9
Telephon 1026. Telephon 3715.

Verantwortlich für den Inseratenteil: Georg Maier.
Verlag der Volksstimme Maier & Co. — Druck der
Union-Druckerei, G. m. b. H., sämtl. in Frankfurt a. M.

Nr. 172

Dienstag den 28. Juli 1914.

25. Jahrgang.

Auf dem Marsch nach Serbien.

Wien, 28. Juli. Die österreichischen
Truppen haben die ungarisch-serbi-
sche Grenze überschritten. Die
Serben wurden überall zurückgeworfen. In
Wien wurde die Nachricht von dem Ausbruch
der Feindseligkeiten überall mit großem
Jubel aufgenommen. Auf der Donau bei
Kolewo wurden die serbischen Schiffe „Sar-
dar“ und „Nicolai“ von österreichischen Booten
aufgebracht und die ersten serbischen Ge-
fangenen gemacht.

Oesterreich will kein Opfer haben! Es ist allen Be-
mühungen der Mächte zum Trotz, noch in letzter Stunde eine
Vermittlung anzubahnen, nach Serbien einmarschiert. Die
Unterdrückung der entgegenkommenden serbischen Antwort
auf das österreichische Ultimatum und die Verhinderung jeder
wirklichen Volksbewegung im eigenen Lande durch Standrecht
und Ausnahmegeetze, sowie alles, was zwischen diesen beiden
Verbrechen am Frieden und am Völkerrecht bis zur Mobilisa-
tion und zur Eröffnung der Feindseligkeiten liegt: alles diente
nur dem einen Zwecke, die möglichst ungehinderte Ausführung
eines Eroberungsziels vorzubereiten und ihm die Wege zu
ebnen. Das Unheil soll marschieren!

In diesem bangen Augenblick hat nur noch die eine Frage
Interesse: wird sich der Krieg lokalisieren lassen? Wie in
Oesterreich die Kriegshetzer von oben und unten trotz allen
Sünden der Vergangenheit Oberwasser behalten haben, so
versuchen sie jetzt in Rußland das Heft in die Hand zu be-
kommen. Zum erstenmal wird aus Petersburg und Moskau
von kühnen Kriegskundgebungen gegen Oesterreich be-
richtet. Daß die russische Zensur diese Nachrichten durchläßt,
ist bezeichnend für die wachsende Gereiztheit dort angesichts
der österreichischen Hartnäckigkeit. Man versucht sogar
Europa anzulügen. Eine Arbeiterdeputation sei beim Karem
gewesen und habe ihm versichert, daß die große Streibeweg-
ung sich nicht gegen den Krieg richte. Soll der Zar durch
diesen plumpen Fälschungsversuch getäuscht werden, damit
er unbedenklicher und tatbereiter wird, oder will man die
öffentliche Meinung täuschen, oder ist beides beabsichtigt? Die
Rebellion der russischen Arbeiter war bisher der Pfahl im
Fleische der russischen Kriegsbereitschaft. Sie war zugleich
eine Art Bürgschaft davor, daß der Zar vor auswärtigen
Unternehmungen zurückschrecke. Wenn man sie jetzt zu fälschen
sucht, so ist das zusammen mit den immer bestimmter auf-
tretenden russischen Mobilisierungsnachrichten ein alarmieren-

des Zeichen. Bricht aber Rußland los, so ist der Weltkrieg
fertig.

Deshalb gilt es jetzt doppelt und dreifach alle Kräfte ein-
zusetzen, um die Gegenbewegung des internationalen Sozia-
lismus zu mobilisieren und sie hinter die englischen Vermitt-
lungsvorschläge zu stellen, von denen unten näher berichtet
wird. Oesterreich will durch seinen Einmarsch nach Serbien
die Vermittlungsaktion durchkreuzen und illusorisch machen.
Jetzt kommt es darauf an, ob sich das die Mächte gefallen
lassen. Sind wirklich alle Mittel erschöpft, mit denen man
die beiden wütenden Tiere aufhalten kann, die Europa in ein
rauchendes Leichenfeld zu verwandeln drohen? Sind Deutsch-
land, England und Frankreich vereint so schwach, um Oester-
reich und Rußland zu trennen und an der Entzündung eines
Weltkrieges zu hindern? Nein, sie haben die Möglichkeit,
einzugreifen. Aber sie müssen einig sein. Und da kommt
alles auf Deutschland an. England und Frankreich haben
ihren festen Willen zum Frieden durch die Tat bewiesen.
Deutschland noch nicht. In Berlin ruht in diesen schlimmen
Stunden die Entscheidung. Wird man sich dort endlich der
Kulturgemeinschaft mit den Westmächten, die schon längst eine
Tatsache sein könnte, wenn die preussischen Junker nicht
wären, bewußt werden, bewußt werden auch der furchtbaren
Verantwortung, wenn man sich von ihr trennt? Das zivil-
isierte Westeuropa gegen Ostasien und Rußland — so steht
jetzt die Wage, und Deutschland hat den Ausschlag zu geben.

Stärken wir durch unsere Kundgebungen in allen deut-
schen Gauen, in Frankreich, in Italien, in Holland, Belgien
und England das Verantwortlichkeitsgefühl unserer Macht-
haber. Sagen wir ihnen laut und deutlich, daß sie ein Spiel
mit hohen Einsätzen treiben, wenn sie die Stimme der gro-
ßenden Untertan auf deren Schultern ihre ganze Herrlich-
keit ruht, wieder einmal nicht hören wollten!

Noch kann man Oesterreich und Rußland in den Arm
fallen — morgen vielleicht ist es zu spät.

Was die Oesterreicher wollen!

Das Ziel der österreichischen Kriegsabsichten ist ein dop-
pelt, ein allgemeines und ein spezielles.

Das allgemeine Ziel ist, durch die Niederwerfung Ser-
biens vor den anderen imperialistischen Staaten Europas den
Beweis der Kraft zu liefern. Der österreichische Imperialis-
mus, lange über die Achsel angesehen von seinen europäischen
Nebenbuhlern, hofft durch den siegreichen Krieg gegen das
kleine Serbien sich die allgemeine Grundlage für eine weit-

auschauende imperialistische Laufbahn zu schaffen. Der Krieg
ist gedacht als die Abiegung der imperialistischen Reizeprü-
fung vor dem kapitalistischen Lehrerkollegium Europas. Das
Attentat von Sarajewo war nur ein zufälliger, aber sehr will-
kommener Anlaß dazu. Dieser Thronfolger starb Oesterreich
sehr gelegen. Denn ohne das Attentat wäre der Anlaß zu
diesem Auftrumpfen des österreichischen Imperialismus noch
nicht so rasch gefunden worden.

Die speziellen imperialistischen Ziele des Krieges lassen
sich noch nicht deutlich übersehen. Daß sie existieren, ist aber
nicht zweifelhaft. Sie sind wohl an der Adria zu suchen. Viel-
leicht auf montenegrinischem Gebiet. Möglich, daß auch die
Eindeilung Nordalbaniens auf dem österreichischen Pro-
gramm steht. Der Appetit wird beim Essen kommen — wenn
ihn die Serben und die drohende Einmischung Rußlands und
Frankreichs nicht gründlich verderben.

Nur wenn man die allgemeinen und die speziellen Ziele
Oesterreichs in diesem Kriege auseinanderhält, wird die auf
den ersten Blick frappierende Haltung der industriellen Scharf-
macherpresse im Gegensatz zur übrigen bürgerlichen Presse
Deutschlands verständlich. Das allgemeine Ziel: die Kraft-
probe des österreichischen Imperialismus, „begeistert“ die
Mehrheit der deutschen bürgerlichen Presse, insbesondere die
liberale. Sie erhoffen dadurch eine Stärkung des deutschen
Imperialismus. Dagegen findet es die Presse der Schwer-
industrie nicht der Mühe wert, wegen der besonderen öster-
reichischen Kriegsziele Deutschland zu engagieren. Daher die
sonderbare Rollenvertauschung, daß das „Berliner Tageblatt“
und seine freisinnigen Geschwister die empörendste Kriegs-
hetze gegen Serbien treiben, während die „Post“ und ihres-
gleichen diesen Krieg verfluchen.

Der Ichte Schuldige.

Soll jetzt der Schrecken ohne Ende ein Ende mit Schrecken
nehmen? Der Schritt, den Oesterreich gegen Serbien unternom-
men, ist nicht bloß ein Krieg und bedroht uns nicht bloß mit einem
Kriege. Er bedroht uns mit dem Kriege, dem Weltkrieg, an dessen
Möglichkeit man gerade wegen seiner unaussprechlichen Gräßlichkeit
schon gar nicht mehr recht glauben wollte. Greift Rußland in den Kon-
flikt ein, so tritt der deutsch-österreichische Bündnisfall ein und
Deutschland tritt mit gesamter Kriegsmacht auf den Schauplatz.
Das aber wäre wieder für Frankreich der russisch-französische
Bündnisfall und die Republik müßte ihrerseits in den Krieg. Wie
England sich in einer derartigen Situation verhalten würde, steht
dahin. Jedenfalls besteht die Möglichkeit, um nicht zu sagen Wahr-
scheinlichkeit, daß ganz Mitteleuropa in wenigen Tagen in Brand

Feuilleton.

Zug Nr. 17.

Roman von Jules Claretie.
Einzig berechnigte Uebersetzung von Artur Noehl.
(Nachdruck verboten.)

Das Blut kochte Martial bei diesem Gedanken, und er
sah die Blühtigung, die Kennewell dem Scelett hatte zukom-
men lassen, weitaus nicht genügend. Am liebsten hätte er den
Verleumder vor aller Welt selbst abgestraft.

Indes der Gedanke der Willeit verscheuchte in ihm bald
den Gedanken der Rache. Um eine derartige Gemeinheit ein
für allemal und gründlich zu widerlegen, blieb ihm nur eines
zu tun übrig, direkt zu Lauriane zu gehen, ihr offen seine
Reinigung einzugesuchen und sie zu fragen, ob sie bereit wäre,
sein schlichtes Leben mit ihm zu teilen, wollte sie dies aber
nicht, für immer aus ihren Augen zu verschwinden.

Allerdings würde es ihm Ueberwindung kosten, sich von
ihm fernzuhalten, es würde ihn schmerzen, sie nicht mehr sehen
zu sollen, indes, sollte Lauriane seinen Antrag ablehnen, so
würde er, ohne Schwäche zu zeigen, sie zu meiden verstehen.

Martial wollte die Ausführung seines Entschlusses nicht
lange aufschieben, und noch an demselben Abend vernahm
Lauriane, als sie sich gerade zum Zirkus begeben wollte, an
ihrer Tür Klopfen, und als sie dieselbe aufmachte, stand zu
ihrer größten Ueberraschung Martial bleich und sichtlich auf-
geregt vor ihr.

„Fräulein,“ begann er sofort mit auffallend ernster
Miene, deren fast trauriger Ausdruck auch das mechanisch seine
Lippen umschwebende Lächeln nicht zu heben vermochte, „ich
habe mit Ihnen zu reden, mein Fräulein. Oder gehen Sie
vielleicht gerade aus?“

„Ich wollte allerdings gerade fortgehen,“ antwortete
Lauriane, „indes, ich habe Zeit, nehmen Sie Platz, Herr
Gehert.“

Sie schob ihm mit bebender Hand einen Stuhl zu, sie

ahnte, daß die kommenden Worte über ihre Zukunft entscheiden
würden.

„Fräulein Lauriane,“ hob Martial wieder an und schaute
mit seinem ehrlichen Blick in des jungen Mädchens märchen-
blaue Augen hinein, „ich bitte Sie, antworten Sie mir mit
derselben Offenheit, mit der ich zu Ihnen sprechen werde.
Sie wissen es, daß ein Nichtswürdiger gewagt hat, Sie zu
beschimpfen und mich Ihren Liebhaber zu heißen. Ich glaube,
daß man einem Mädchen, wie Sie sind, ein treuer, ergebener
Freund sein könnte, ohne die Klatschsucht und die Boshaftig-
keit der Menschen fürchten zu brauchen. Indes, ich habe mich
getäuscht. Es scheint, als deutete man es mir übel aus, Sie
manchmal des Abends nach Hause begleitet zu haben, und
als wollte man wissen, mit welchem Rechte ich mich zu Ihrem
Beschützer aufwerfe. Wohlan, Fräulein Lauriane, sind Sie
bereit, diesen Menschen zur Antwort zu geben, daß es mit
vollem Rechte desjenigen geschehen, der Ihnen Herz, Hand
und Namen geboten?“

Lauriane war fast noch erregter als Martial, der gleich-
wohl nur mit bebender Stimme gesprochen. Sie sah ihn
bleich und lächelnd, doch ohne Antwort zu geben an. Seine
Worte schienen ihr keineswegs mißfallen zu haben. Und doch
schwankte sie noch. Wer weiß, vielleicht mochte der Zug ihres
Herzens sie zu Martial hinziehen, die Furcht aber, mit der
Hand, die sie wegschleifte, auch auf alle ihre so lange gehegten
Träume verzichten zu sollen, sie vor einem unüberlegten
Schritt warnen.

Als ob Martial diesen ihren inneren Kampf erraten, fügte
er rasch, leicht verwirrt, doch mit einer tiefen, unwiderstehlichen
Zärtlichkeit hinzu:

„Ich weiß es selbst, Lauriane, daß ich Ihnen nicht das
reife Leben, das Sie verdienen, anzubieten vermag, aber da-
für biete ich Ihnen die tiefste, heiligste Reue. Und dann,
sind wir nicht beide noch jung? Gabe ich nicht Aussicht, höher
zu steigen? Ja, wenn Sie wollten, bin ich sicher, es müßte
mir gelingen. Also sprechen Sie, wollen Sie, Lauriane?“

Lauriane aber fand noch immer keine Erwiderung. Sie
schwieg, während Martial fortfuhr, ihr zu erklären, daß er

um sie für viele schaffen und arbeiten wollte, daß es ihr bei
ihm an nichts, an nichts gebrechen sollte. Wie traurig wäre
doch nach allem das Leben, das sie jetzt führte! Allein und
verlassen, ohne Halt, ohne Stütze, der Freiheit von Vassen
und dem Klatsch böser Zungen ausgesetzt. Während sie bei
ihm —

„Halt,“ meinte Martial — ohne romantisches Phrasen-
geflunker, auf die natürlichste Weise von der Welt und nur
weil sein Blick zufällig einen am Fenster Laurianens blühen-
den Rosenstock traf — „halt, sehen Sie da die Rosen, Lauriane.
Wie schön, wie stolz und wie duftig sind sie! Aber wissen Sie
auch, was sie so fest ihren Kopf heben und dem Wind trohen
läßt? Ist es nicht das armelige Stückchen Holz, das sie
stützt? Nun, sehen Sie, teure Lauriane, und der bescheidene
Pflock, der sie hält, das bin ich, der Sie wie diesen Rosen-
strauch stets schön und stolz zu sehen wünschte.“

Lauriane lächelte. Diese ungefügte Boesie Martials ge-
fiel ihr und schmeichelte ihr, so daß sie vor dem männlich
schönen Ausdruck seines Gesichtes, vor seinem treuerhizigen
Blick und dem Druck seiner bebenden Hand fast vollständig des
Standes des jungen Mannes vergaß und in ihm nur noch den
schönen, klugen, braven Menschen erblickte, der sie mit einer
grenzenlosen, so oft erträumten Liebe verehrte, und der ihr,
sie fühlte es, auch nicht gleichgültig, so wenig gleichgültig war,
daß sie ihm am liebsten — wie ihr achtzehnjähriges, laut häm-
merndes Herz es ihr eingab — auf seine Worte errötend ge-
antwortet hätte:

„Ja, Martial, lieben Sie mich, ich will Ihr liebendes
Weib sein.“

Indes, mit einer letzten romantischen Grille mochte sie
noch immer nicht ihres Herzens Zug folgen. Sie wollte, wie
sie es so oft von Romanheldinnen gelesen, ihm ihren Bescheid
mit irgend einem Zeichen oder Signale kund tun und in ihre
Antwort, die Martial so sehnsüchtig von ihren Lippen er-
wartete, etwas Mysteriöses, Poetisches hineinlegen. Und am
Ende schmeichelte es wohl auch ihrem Sinn, noch eine Weile
diese köstliche Unbestimmtheit zu verlängern. Kurz, sie ant-
wortete ihm, daß sie ihm ihren Entschluß am Abend nach der

steht, und wann dieses Flammenmeer ausgerast haben mag, das vermag kein Mensch zu sagen.

Gibt es etwas, was den Wahnsinn, die ganze Sinnwidrigkeit der kapitalistischen Weltordnung furchtbare Illustrieren könnte, als diese entsetzenerregende Verpestete? Weil in Bosnien der österreichische Kronprinz von einem Serben ermordet worden ist, sollen Franzosen und Deutsche übereinander herfallen! Dabei haben beide Völker durch das Ergebnis ihrer letzten Parlamentswahlen so eindringlich wie möglich demonstriert, daß sie den Frieden wollen, daß sie die Handvoll Kriegshetze verabscheuen, daß sie in Eintracht miteinander zu leben wünschen. Und dabei ist nichts vorgekommen, was die beiden Völker, oder auch nur ihre herrschende Klasse, für den Augenblick entzweite.

Es ist schon so: die Dinge haben ihre eigene Logik, wenn die Menschen sie auch nicht haben, und ein System, das so sehr aus unvereinbaren Gegensätzen und Widersprüchen zusammengesetzt ist wie der Kapitalismus, kann nichts anderes zur Welt bringen wie einen Rattenkönig von Widersprüchen und Unmöglichkeiten. Nichts braucht der Kapitalismus so sehr als den Frieden, und nichts bereitet er so fröhlich vor als den Krieg. Aufrechterhaltung der Ordnung ist sein zweites Wort, und während er durch ausgefällte Polizei- und Fabrikssysteme die Menschen seiner Ordnung unterwirft, ist er selber den Verhältnissen bis zur lächerlichen Ohnmacht unterworfen. Die Menschen beherrschen heute nicht die Verhältnisse, sondern die Verhältnisse beherrschen die Menschen, und so kommt es, daß die dem Kapitalismus unterstehenden Menschen, die den Frieden wollen und ihn bitter brauchen, in den Krieg gestochen werden, sie wissen nicht wie. In keiner der früheren Gesellschaftsordnungen ist die absolute Ohnmacht des Menschen von den ihn beherrschenden Verhältnissen so kraz, so furchtbar zutage getreten wie unter dem Kapitalismus. An Stelle der verhältnismäßig einfachen und durchsichtigen Beziehungen der Menschen und Völker in früheren Gesellschaftsperioden ist ein unentwirrbares Chaos getreten, eine Unsumme von Verbindungen, die nicht bloß den einzelnen Menschen, die ganze Völker eng miteinander verknüpfen und ihr Schicksal abhängig machen von dem des anderen. Und das um so mehr, je höher der kapitalistische Reifegrad ist, den ein Volk bereits erreicht hat.

Aber wir sind keine Marionetten, wir bekämpfen mit aller Energie ein System, das die Menschen zu willenlosen Werkzeugen der blind waltenden Verhältnisse macht, diesen Kapitalismus, der das nach Frieden dürstende Europa in ein dampfendes Schlachthaus zu verwandeln sich anschickt. Wenn das Verderben seinen Gang geht, wenn der entschlossene Friedenswille des deutschen, des internationalen Proletariats, das in den nächsten Tagen sich in machtvollen Kundgebungen offenbaren wird, nicht insinieren sollte, den Weltkrieg abzuwehren, dann soll er wenigstens der letzte Krieg, dann soll er die Götterdämmerung des Kapitalismus werden.

Ein internationaler Vermittlungsversuch.

Der englische Minister des Aeußern, Herr Grey, teilte gestern im englischen Unterhause, das natürlich tagt und mitteilt, folgendes mit: „Ich wies gestern nachmittags die britischen Votschaster in Paris, Berlin und Rom telegraphisch an, bei den Regierungen, bei denen sie beglaubigt sind, anzufragen, ob diese gewillt seien, ein Einberufen dahin zu treffen, daß der französische, deutsche und italienische Votschaster in London mit mir zu einer Konferenz in London zusammenzutreten, um sich zu bemühen, ein Mittel zur Beilegung der gegenwärtigen Schwierigkeiten zu finden. Gleichzeitig beauftragte ich unsere Vertreter, jene Regierungen zu ersuchen, ihre Vertreter in Wien, Petersburg und Belgrad zu ermächtigen, die dortigen Regierungen von der vorgeschlagenen Konferenz zu informieren und sie zu ersuchen, alle aktiven militärischen Operationen bis zur Beendigung der Konferenz einzustellen.“ Die Antworten seien noch nicht vollständig eingetroffen. Jedenfalls steht fest, daß Frankreich der britischen Regierung sein vollständiges Einverständnis mit dem Vorschlage bekannt gab. Italien dürfte folgen und es liegt jetzt an Deutschland, die Vermittlung zu befördern oder zum Scheitern zu bringen. Die österreichische Regierung

antwortete, sie sei bereit, den englischen Vermittlungsvorschlag in Erwägung zu ziehen, halte jedoch ihre militärischen Maßnahmen aufrecht. Hier macht sich der skandalöse Zustand, daß das deutsche Parlament bei allen solchen Entscheidungen ausgeschaltet bleibt, in der empfindlichsten Weise bemerkbar. Seine Mitwirkung könnte dem englischen Vermittlungsvorschlage wirksam nachhelfen. Aber auch sonst hat das französische Regierungsblatt recht, wenn es gestern wiederholt schreibt:

Deutschland kann in Wien zweckdienlich einwirken. Die Intervention der Triple-Entente-Mächte sei ersichtlich. Sie habe das Ergebnis gehabt, daß Serbien die österreichischen Forderungen angenommen habe. Was Deutschland in Wien verlangen könne, sei wahrlich recht wenig. Es würde genügen, wenn es von Oesterreich-Ungarn das Geständnis erlange, daß sich der österreichische Gesandte, Freiherr von Giesl, geirrt habe, als er beim Empfange eines Schriftstückes, in welchem ihm vollkommene Genugtuung geboten wurde, die diplomatischen Beziehungen abgebrochen habe. Es würde genügen, wenn Oesterreich trotz des Abbruchs der Beziehungen statt des militärischen Vorgehens auf diplomatischem Wege vorgehen würde. Das ist die kleine Bemühung, welche Deutschland versuchen soll. Wenn es den Frieden will, dann wird es ihm leicht sein, Oesterreich zu ersuchen, sich für befriedigt zu erklären, zumal da Serbien sich gebeugt hat.

Es ist bitter für uns, daß so etwas der deutschen Regierung auf dem Umwege über Paris gesagt werden kann und muß.

Eine letzte Friedenshoffnung?

Wiener Bankreife wollten gestern Nachrichten erhalten haben, daß Serbien sich bis heute unterwerfen werde, bereits durch den Votschaster einer fremden Macht unterhandelt und bereit sei, die Kosten der österreichischen Mobilisierung zu bezahlen. Die Entscheidung werde heute mittag fallen. In Petersburg hätten die Votschaster von Deutschland und Italien erklärt, daß Deutschland und Italien den Wortlaut der österreichischen Note vor der Ueberreichung in Serbien nicht gekannt haben. Der deutsche Votschaster enthielt sich jeden Kommentars; der italienische soll seiner Mißbilligung deutlichen Ausdruck verliehen haben.

Die verheimlichte Antwortnote.

Es scheint, daß moderne Kriege ohne Depeschenfälschungen und Latzschmentstellungen nicht mehr gut eingefädelt und geführt werden können. Jedem Beobachter, der sich ruhige Ueberlegung bewahrt hatte, mußte längst auffallen, daß die serbische Note vom 25. Juli, also die Antwort auf das österreichische Ultimatum und die eigentliche, letzte „Kriegsursache“, noch nicht in ihrem vollen Wortlaut veröffentlicht worden ist. Warum hat man diesen Wortlaut nicht sofort der Öffentlichkeit mitgeteilt? Wie es scheint, nur darum nicht, weil man von dem Bekanntwerden der Note einen Umschlag der Stimmung zuungunsten Oesterreichs befürchtete.

Jetzt sieht aber langsam die Wahrheit durch. 48 Stunden nach Ueberreichung der serbischen Note teilten einige Berliner Abendblätter zwar nicht ihren Wortlaut, aber doch ihren Hauptinhalt mit. Daraus geht hervor, daß sich Serbien in der Hauptsache unterworfen hat und daß nur noch zwei Punkte einer weiteren Verhandlung bedürften, um gleichfalls ins Reine gebracht zu werden. Das ist der Abdruck des famosen vorgeschriebenen Zeitungsartikels und die Mitwirkung der österreichischen Behörden an der Untersuchung österreichischer Umliege in Serbien. In allen anderen Punkten hat Serbien nachgegeben!

In der serbischen Antwortnote heißt es:

Die kgl. Regierung hat gelegentlich der Lösung einer ganzen Serie von Fragen, welche zwischen Serbien und Oesterreich-Ungarn entstanden sind, großes Entgegenkommen gezeigt, und es ist ihr gelungen, auch die größte Zahl der Fragen zu regeln zum Nutzen der beiden Nachbarländer. Deshalb ist die kgl. Regierung peinlich überreicht, durch die Behauptung, daß gewisse Personen des Königreichs Serbien an den Vorbereitungen des Attentats, das in Sarajevo begangen wurde, teilgenommen hätten. Die kgl. Regierung hoffte, sie würde aufgefordert werden, mitzuwirken an allem, was zur Ermittlung dieses Verbrechens dienen könnte, und war bereit, durch Tatsachen ihre korrekte Haltung zu

zeigen und gegen alle Personen einzuschreiten, bezüglich deren man der serbischen Regierung Mitteilung dieser Art gemacht hätte.

Indem die kgl. serbische Regierung dem Wunsche der k. u. k. österreichisch-ungarischen Regierung Rechnung trägt, ist die kgl. Regierung geneigt, jeden serbischen Untertan ohne Rücksicht auf seine Stellung und seinen Rang dem Gericht auszuliefern, für den die Beweise der Mittäterschaft an dem Attentat in Sarajevo erbracht wären.

Die serbische Regierung verpflichtet sich ferner, eine diesbezügliche Erklärung im Amtsblatt abzugeben, und gibt den Wortlaut dieser Erklärung auch in der Antwortnote an. Der Hauptpunkt dieser Erklärung ist, daß die serbische Regierung jede Propaganda verurteilt, welche gegen Oesterreich-Ungarn gerichtet ist. Auch in den übrigen Punkten glaubt die serbische Note den Anforderungen der österreichischen Wünsche vollkommen gerecht zu werden. So wird ausdrücklich erklärt, daß die serbische Regierung nach Ueberreichung der österreichischen Note den in dieser genannten Major Tankosic, der der Mittäterschaft an dem Sarajevoer Attentat verdächtigt wurde, sofort habe verhaften lassen. Der gleichfalls in der Note genannte angebliche Eisenbahnbeamte Ciganovic hat nicht verhaftet werden können, da er sich der Behörde durch die Flucht entzogen habe. Ciganovic, der nicht serbisch, sondern österreichisch-ungarischer Untertan ist, sei nicht Beamter der kaiserlichen Staatsbahn gewesen, sondern habe nur eine Anstellung als Hilfsarbeiter dort gefunden. Sein Aufenthalt sei nicht zu ermitteln.

Die serbische Regierung war also einverstanden:

1. mit der Veröffentlichung der von Oesterreich verlangten Erklärung im Amtsblatt,
2. mit der Mitteilung dieser Erklärung an die Armee durch einen Tagesbefehl,
3. mit der Auflösung der einer Aktion gegen Oesterreich verdächtigen vaterländischen Vereine,
4. mit einer Abänderung des Pressegesetzes,
5. mit der Verabschiedung solcher Angestellter der Militär- oder Zivilverwaltung, denen die Teilnahme an der Propaganda gegen Oesterreich nachgewiesen wird. Die serbische Regierung protestiert nur gegen die Zuziehung österreichischer Beamter zu der entsprechenden Untersuchung.
6. Die serbische Regierung verlangt begreiflicher Weise eine Erklärung darüber, inwieweit österreichisch-ungarische Beamte zu der Untersuchung über das Komplott von Sarajevo herangezogen werden sollen. Sie will, was diesen Punkt anbetrifft, nur das durch das internationale Recht und freundschaftliche Beziehungen Gebotene annehmen.

Im Ganzen nahm also die serbische Regierung alle Bedingungen und sonstigen Forderungen Oesterreichs an und machte nur Vorbehalte bezüglich der Tätigkeit österreichisch-ungarischer Beamter in Serbien. Und auch in diesem Punkt sprach sie keine glatte Ablehnung aus, sondern beschränkte sich darauf, Erklärung zu verlangen. Und vorsorglich wurde hinzugefügt: Sollte die österreichische Regierung diese Erklärungen ungenügend finden, so appelliert die serbische Regierung an das Haager Schiedsgericht und an die Mächte, welche die Erklärung von 1909 bezüglich Bosnien-Serzegowina unterzeichnet haben.

Die österreichische Regierung aber hat den Text dieser Note, die man erst gestern über Paris her genauer kennen lernte, unterdrückt und eine gefälschte Mitteilung über ihren Inhalt ergangen lassen, in der die wesentlichsten Zusagen Serbiens verschwiegen oder entstellt sind und mit abförmlicher Kniffligkeit und Unaufrichtigkeit gesagt wird:

Diese Note beabsichtigt den falschen Schein zu erwecken, als ob (1) die serbische Regierung die von Oesterreich-Ungarn gestellten Forderungen im weiten Maße zu erfüllen bereit wäre. In Wirklichkeit ist aber die Note von einem Geiste der Unaufrichtigkeit erfüllt, der klar erkennen läßt, daß es der serbischen Regierung nicht ernstlich darum zu tun ist, der sträflichen Duldung ein Ende zu bereiten, die sie bisher den Umliegen gegen die Monarchie zuteil werden ließ. Sowohl hinsichtlich der allgemeinen Grundlagen der österreichisch-ungarischen Demarche als auch in Betreff der einzelnen von Oesterreich-Ungarn aufgestellten Forderungen enthält die serbische Note so weitgehende Vorbehalte und Einschränkungen, daß auch die tatsächlich gemachten Zugeständnisse bedeutungslos werden. Insbesondere wurde unter einem nichtigen Vorwande die Forderung Oesterreich-Ungarns nach Teilnahme von k. u. k. Beamten an den Erhebungen zur Aufklärung der auf serbischem Boden befindlichen Teilnehmer des Komplotts vom 28. Juni vollkommen abgelehnt. Ebenso kom-

Vorstellung zu wissen geben würde, und zwar mit einem Richte, das, wollte sie seinen Antrag annehmen, an dem letzten Fenster des Hauses an der Ecke der Rue Gondou brennen würde.

Das Licht sollte „ja“, Dunkelheit aber „nein“ bedeuten.

„Warum mir nicht gleich Bescheid geben,“ meinte Martial mit seiner offenen Stimme. „Begreifen Sie denn nicht, was ich bis zu dieser Stunde zu leiden haben werde?“

„O,“ antwortete sie mit Kolerie. „Auf meine Bedingungen müssen Sie eingehen. Bedenken Sie doch, daß eine ernste Sache wohl überlegt sein will.“

„Ueberlegen wollen Sie erst?“ sagte er traurig. „Dann lieben Sie mich eben nicht.“

„Wer weiß? Also gilt's?“ fügte sie nach kurzem Schweigen hinzu.

„Bestehen Sie darauf?“

„Absolut.“

„Nun wohl, so sei's. Indes, was soll ich nur bis zu dieser Stunde anfangen?“

„An mich denken,“ meinte sie und reichte ihm ihre kleine hübsche Hand, die er fieberhaft preßte. „Und merken Sie wohl,“ begann sie nach einer Weile von neuem, „wenn nichts brennt, so heißt das: Adieu. Suchen Sie mich dann nicht wiederzusehen! Das Dunkel bedeutet, daß ich in einer Verbindung zwischen uns kein Glück für mich halte. Brennt aber das Licht, nun dann erwarte ich Sie morgen wieder, denn das Licht soll Ihnen ein endgültiges „Ja“ bedeuten.“

Lauriane scherzte nicht, wenn sie so sprach, sie wußte es in der Tat noch nicht recht, wozu sie sich entscheiden sollte und ob sie nicht noch beim reiflichen Ueberlegen vom dem Entschluß, den ihr eben ihr Herz diktiert hatte, abstehen würde. (Fortsetzung folgt.)

Christentum, Kirche und Krieg.

Glauben wir etwa, daß es erlaubt sei, einen menschlichen Nahmens auf den göttlichen zu setzen, von einem anderen Herrn nach Christus uns den Eid abnehmen zu lassen und sich von Vater und Mutter und jedem Verwandten loszusagen, die das Gesetz denn doch zu ehren und nächst Gott zu lieben

vorschreibt, und welche auch das Evangelium, sie bloß nicht höher stellend als Christus, so geehrt hat? Wird es wohl erlaubt sein, mit dem Schwerte umzugehen, da doch der Herr den Ausdruck tut: „Wer sich des Schwertes bedient, werde durch das Schwert umkommen.“ Und wird der Sohn des Friedens wohl in der Schlacht mitwirken, er, für den sich nicht einmal das Prozessieren geziemt? Wird er Gefangennehmungen, Kerker, Foltern und Todesstrafen anordnen, er, der nicht einmal die ihm selber zugefügten Verleumdungen rächt? Dann wird er auch für andere als für Christus Stationen machen oder auch am Sonntage, weil auch nicht für Christus. Und er wird da speisen, wo es der Apostel nicht haben will. Und er wird diejenigen, welche er am Tage durch Exorcismen vertreibt, bei Nacht beschützen, gestützt oder ruhend auf der Lunge, womit die Seite Christi durchbohrt wurde. Er wird auch die Fahne tragen, diese Nebenbuhlerin Christi. Und er wird sich von dem Anführer des Lösungswortes lassen lassen, da er es schon von Gott empfangen hat. Wenn er gestorben ist, so wird er auch von der Trompete der Spielleute aufgeschreckt werden, er, der darauf wartet, von der Posaune des Engels aufgeweckt zu werden. Und es wird soldatischem Verkommen gemäß der Christ auch verbrannt werden, er, dem das Verbrennen nicht erlaubt ist, dem Christus die verdiente Feuerstrafe nachgelassen hat. Und wie viele andere Uebertretungen so, dann, die unter den Verrichtungen des Krieges vorkommen, und die man für eine Fahnenflucht auslegen kann, kann man sonst noch sehen! Selbst daß er aus dem Seerlager des Lichts zum Seerlager der Finsternis übergeht, ist schon eine Handlung der Fahnenflucht. Allerdings bei solchen, die dem Soldatenstande schon angehören und die die Gnade des Glaubens nachher finden, ist die Sache eine andere, wie z. B. bei denen, welche Johannes zur Taufe zuließ, wie bei jenen so gläubigen Hauptleuten, dem nämlich, welchen Christus lobte, und dem, welchen Petrus unterwies, während man doch nach Annahme des Glaubens und der Taufe entweder sofort den Kriegsdienst verlassen muß, wie viele auch getan haben, oder, um nichts, was auch nicht einmal außerhalb des Soldatenstandes erlaubt ist, tun zu müssen, alle möglichen Ausflüchte suchen oder zuletzt für Gott das Leben muß, was in allerer Weise der heidnischen Glaube auditiert. Denn weder Strafligkeit für Verleumdungen, noch Freibleiben vom Märtyrertode stellt der Soldatenstand in Aussicht. Der Christ wird nirgendwo etwas anderes. Es gibt nur ein Evangelium, und

Jesus ist ein und derselbe, er verleugnet einen jeden, der Gott verleugnet, und bekennet einen jeden, der Gott bekennt; er wird die Seele retten, die für seinen Namen verloren wurde, und im Gegenteil diejenige verderben, die im Gegenteile zu seinem Namen erhalten wurde. Bei ihm gilt der heidnisch gemordete Gläubige soviel als ein Soldat, und der Kriegsdienst tuende Gläubige soviel als ein Heide. Der feste, sich gleichbleibende Glaube weiß nichts von zwingenden Verhältnissen. Es gibt keinen Zwang zum Sündigen für die, für welche es nur einen Zwang nicht zu sündigen gibt. Denn zum Opfern und Ableugnen des Christentums wird man nur durch die zwingende Gewalt der Foltern oder Strafen gedrängt, und doch nimmt die Kirchenmacht auch auf diesen Zwang keine Rücksicht, weil die Notwendigkeit, die Ableugnung zu fürchten und den Märtyrertod zu erleiden, größer ist, als die, dem Leiden zu entgehen und den Opferrdienst zu verrichten. Im übrigen beseitigt eine derartige Entschuldigung den ganzen wesentlichen Inhalt des Taufbundes in einer solchen Weise, daß sie auch zu freiwilligen Sünden die Fessel lösen würde.

Septimius Tertullianus, Kirchenvater (160–220).

Vom Kränze des Soldaten. Kap. 11.

Einige der ersten Christen haben zuversichtlich vorausgesagt, daß die Befreiung der Welt zu einer Einstellung aller Kriege führen würde. Widen wir mit unserer gegenwärtigen Erfahrung zurück, so werden wir zu dem traurigen Schlusse gedrängt, daß der kirchliche Einfluß keine merkbare Wirkung auf die Verringerung der Anzahl der Kriege hatte, sondern daß er sie tatsächlich und sehr stark vermehrt hat. Wir sehen uns vergeblich nach einer Periode seit Konstantin um, in welcher die Geistlichkeit als Gesamtheit sich bemühte, den kriegerischen Geist zurückzubringen oder einen besonderen Krieg mit einer Tatkraft oder einer Ausdauer zu verhindern oder abzukürzen, die im geringsten derjenigen zu vergleichen wäre, welche sie während mehrerer Jahrhunderte zur Aufstachelung der Wahnbegeisterung der Kreuzfahrer, zur Erzeugung der schauerhaften Niedermordung der Albigenser, zur Verbitterung der Religionskriege entfachteten, welche der Reformation folgten. Private Kriehe wurden ohne Zweifel durch ihren Einfluß in gewissem Grade niedergebunden, denn die Institution des „Gottesfriedens“ stand eine Zeitlang in hohem Ansehen, und als zum Schlusse des Mittelalters die Gewohnheit des Zweikampfes aufkam, wurde sie von der Geistlichkeit

men die Aussagen zur Bekämpfung der austro-ungarischen Presse einer Ablehnung (1) gleich. Das Begehren Österreich-Ungarns, daß die serbische Regierung die notwendigen Maßnahmen treffe, damit die aufgelösten, der habsburgischen Monarchie feindlichen Vereine ihre Tätigkeit nicht unter einem anderen Namen und in anderer Form fortsetzen, ist überhaupt nicht berücksichtigt. Da die in der Note der k. u. k. Regierung vom 23. d. M. enthaltenen Forderungen mit Rücksicht auf das bisher beobachtete Verhalten Serbiens das Mindestmaß dessen darstellen, was zur Schaffung dauernder Ruhe im Südosten der Monarchie notwendig ist, mußte die serbische Antwort als unbefriedigend betrachtet werden. Daß übrigens die serbische Regierung sich selbst dessen bewußt war, daß ihre Note für uns unannehmbar sei, beweist der Umstand, daß sie uns am Schluß der Note vorschlägt, die Regelung der Zwistigkeiten auf schiedsgerichtlichen Wege zu suchen, eine Einladung, die die richtige Beleuchtung durch den Umstand erfährt, daß schon Stunden vor der Uebergabe der Note, die erst wenige Minuten vor Ablauf der Frist stattfand, die Mobilisierung der serbischen Armee erfolgte.

Der Tatbestand ist also: Österreich hat von Serbien Unmögliches gefordert. Serbien erklärt sich bereit, selbst das Unmögliche zu tun. Aber Österreich will nicht die von Serbien angebotene friedliche Unterwerfung, sondern es will den Krieg mit Serbien, es will damit Deutschland in einen Weltkrieg hineinziehen. So liegen die Dinge in Wirklichkeit.

An der Schwelle des Krieges.

Die österreichische Mobilisierung.

Folgende Korps sind mobilisiert: Graz, Prag, Leitmeritz, Bosnien, Herzegowina, Dalmatien, Temesvar, Budapest und Agram. Die Eisenbahnlinien in Dalmatien sind vom Militär vollkommen besetzt. Die österreichische Flotte ist in der Nähe von Cattaro konzentriert. Sollte Montenegro Serbien zu Hilfe eilen, so soll sofort Cattaro bombardiert werden. Erzherzog Friedrich, dem jüngst der militärische Wirkungskreis des ermordeten Thronfolgers Franz Ferdinand übertragen wurde, hat das Oberkommando im Auftrage des Kaisers übernommen.

Standrecht und Verkehrsbeschränkungen in Österreich.

Reisende, die aus Österreich kommen, erzählen, daß gestern in Prag das Standrecht proklamiert worden ist. Die Wiener Staatsbahndirektion publiziert eine Kundmachung betreffend die Einstellung respektive Einschränkung des öffentlichen Verkehrs auf besonders bezeichneten Bahnlinien. Als erster Mobilisierungstag wird der 28. Juli bezeichnet. Vom dritten Tage anfangen, wird für Zivilpersonen der Verkehr auf einigen Linien gänzlich eingestellt. Gegen die Südostgrenze zu wird der Gesamtverkehr eingestellt. Die Schiffswege München-Wien und Triest-Stuttgart wurden in Salzburg zurückgehalten.

Die Donau-Dampfschiffahrtsgesellschaft und die Ungarische Seeschiffahrtsgesellschaft haben in Passau und in Regensburg die Gütereinnahme nach allen Stationen unterhalb Himmich, sowie nach sämtlichen Schiffstationen an der Save eingestellt. Ferner hat die Süddeutsche Donauschiffahrtsgesellschaft den Verkehr nach Serbien, Bulgarien, Rumänien eingestellt. Die schwimmenden Sendungen werden angehalten und den Abfahrenden zur Verfügung gestellt.

Serbische Verteidigungsmaßnahmen.

Aus Belgrad wird heute morgen gedruckt, daß alle Aufgebote zu den Fahnen einberufen worden sind. Selbst Knaben und Greise sind gehalten, sich als letztes Aufgebot zu melden. Prinz Alexander habe von dem Befehlshaber des vierten Korps die Versicherung erhalten, innerhalb von acht Tagen würden 300 000 Mann aufgestellt sein. Einige französische Aeroplane seien eingetroffen, die von serbischen Offizieren, die in Frankreich ausgebildet seien, geführt werden sollen. In Belgrad verblieb nur Polizei. Heute tritt die Stupschina in Nisch zusammen, wo sich auch der Hof und die höheren Staatsbehörden befinden.

Wien, 28. Juli. Die „Militärische Rundschau“ schreibt über den Aufmarsch der Serben: Die Konzentration der für die Kriegsoperationen bestimmten feindlichen Armee geht nach den bisher hier eingegangenen Meldungen im Raum Aradjevac-Aradjevo-Krutschewac vor sich. Es ist das Zentralgebiet Alt-Serbiens, wo die Kommunikation aus allen Gebieten des Landes zusammenkommen. Gegen die Drinagrenze bewegen sich feindliche Truppen, denen sich die in Bildung begriffenen Freiwilligenbataillone anschließen. Aus den feindlichen Maßnahmen ist zu ersehen, daß Serbien zuerst seine Hauptkräfte außerhalb unseres Bereiches in Ruhe versammeln will, um dann je nach den Umständen sein weiteres Verhalten einzurichten. An der serbischen Westfront

mit großem Nachdruck verdammt; aber wir werden wohl keinen großen Wert auf ihre Anstrengungen auf diesem Gebiete legen, wenn wir erwägen, daß Duell der Seidenwelt nahe oder ganz und gar unbekannt waren, daß, nachdem sie in einer Zeit großen Aberglaubens aufgefunden waren, die Kirche sich fast ohnmächtig erwehrt, sie zu entmündigen, und daß sie in unserem eigenen Jahrhundert vor dem bloßen Tadel einer industriellen Gesellschaft verschwinden. Es ist möglich — obgleich es würde, meine ich, schwer sein, zu beweisen —, daß das Mittelalter, welches so oft von den Bischöfen verwaltet wurde, bisweilen Kriege verhindert haben mag, und es ist gewiß, daß während der Zeiten der Religionskriege soviel kriegerischer Geist in Europa vorhanden war, daß er notwendig einen Ausweg finden mußte, und die Zeit unter keinen Umständen eine des vollkommenen Friedens hätte sein können. Aber wenn alle diese Einschränkungen zugestanden worden sind, bleibt noch immer die große Tatsache, daß keine andere Religion, mit Ausnahme des Mohammedanismus, soviel für die Erzeugung des Krieges getan hat, als das Christentum durch seine Religionslehrer während mehrerer Jahrhunderte tat. Der kriegerische Fanatismus, den sie weiten durch die Klasse der Päpste, durch die unaufhörlichen Ermahnungen der Kämpfer, durch die religiöse Wichtigkeit, welche sie den Religionen in Jerusalem beilegen, und durch den großen Widerwillen, welchen sie gegen alle nährten, welche von ihrer Theologie abwichen, hat kaum jemals seinesgleichen an Schärfe gehabt, und er hat die Vergießung von Strömen Blutes verursacht und hat unberechenbares Elend über die Welt gebracht. Religiöser Fanatismus war eine Hauptursache der älteren Kriege und ein wichtiger Bestandteil der späteren. Die Friedensprinzipien, welche vor Constantin allgemein waren, haben, mit Ausnahme bei Erasmus, den Quäkern und den Wiedertäufern, kaum irgend einen Widerhall gefunden, und obgleich einige sehr wichtige Friedensbestrebungen aus dem industriellen Fortschritt der neueren Zeit entsprungen sind, so sind diese meistens ohne Zusammenhang mit theologischen Interessen und in einigen Fällen diesen entgegenge-

William Edward Hartpole Redd. Sittengeschichte Europas.

scheint man sich mit dem Gedanken zu tragen, einen Vorstoß gegen die Drina zu wagen.

Wirtschaftliche Notiz.

Die österreichische Bank hat in ihrer gestrigen Sitzung beschlossen, vom 27. Juli an den Zinsfuß von 4 auf 5 Prozent zu erhöhen. — In Belgrad wurde ein Moratorium für drei Monate veröffentlicht.

Russische Vorbereitungen.

Depeschen aus Petersburg behaupten, daß der Mobilisationsbefehl für alle westlichen Bezirke, darunter Petersburger, gestern unterschrieben worden sein soll. Rußland beabsichtigt, eine Armee von 2½ Millionen Mann ins Feld zu stellen und zugleich das Herbstaufgebot einzuberufen. An der österreichischen Grenze geht das Gerücht um, 80 000 Mann russischer Truppen seien dort zusammengezogen. Die russischen Grenzposten erhielten doppelte Munition; mehrere Pionierabteilungen bewachen die Brücken. Ein neues Geleitzverfügung die Einberufungsfrist der Offiziere der Reserve von acht auf drei Tage. Bei der Abreise der serbischen Reservisten fanden auf dem Bahnhofe Sympathieempfindungen statt.

Französische Sozialisten am Friedenswerk.

Aus Paris schreibt man uns: Die sozialistische Parlamentsfraktion ist zu einer außerordentlichen Sitzung einberufen worden. Sollte im Laufe des heutigen Tages keine Entspannung eintreten, so wird die Fraktion den Antrag stellen, das Parlament sofort einzuberufen. Der sozialistische Parteivorstand teilt heute ebenfalls zu einer Extrafraktion zusammen, um sich mit der Lage zu beschäftigen und mit dem internationalen sozialistischen Kongress. Auch das Komitee der Gewerkschaften hat eine Sitzung einberufen, und eine Anzahl von Syndikaten, darunter die der Postarbeiter, haben schon Appelle an ihre Mitglieder gerichtet, sich an allen Friedensmanifestationen zu beteiligen. Die Vertretung der Arbeiterverbände des Seinedepartements ruft alle Arbeiter zu Protestversammlungen gegen den Krieg auf. Die Versammlungen sollen in großem Umfange am kommenden Mittwoch in allen Teilen des Landes stattfinden.

Sozialistische Taten und liberales Geschwätz.

Der Liberalismus, der dem Militarismus verfallen und deshalb ohnmächtig gegen jede Art von Kriegshege geworden ist, fühlt neidisch die Kulturstärke der Sozialdemokratie. Ein Produkt dieses Neides ist das obige Geschwätz. Der Berliner Korrespondent der „Frankfurter Zeitung“ heute morgen über die Haltung der Sozialdemokratie losläßt. Eine Antwort darauf wäre Zeitverschwendung. Aber ein böser journalistischer Unglücksfall des Freiheitsmannes verdient doch festgehalten zu werden. Er hatte in seiner oberflächlichen und schnoddrigen Schreibweise gemeint: „Die deutschen Sozialdemokraten sind, soweit bekannt ist, vorberaubt die einzigen, die derartige Demonstrationen im gegenwärtigen Augenblick veranstalten. Den österreichischen Genossen ist ja durch die Erklärung des Standrechts die Gelegenheit dazu genommen, und der „Vorwärts“ hat zwar die deutliche Hoffnung und Mahnung nach Paris hin ausgesprochen, daß auch das französische Proletariat nicht zurückbleiben werde; von großen geplanten Kundgebungen dort verlautet aber bis jetzt nichts.“ Nun muß aber das eigene Blatt des vorläufigen Berliner Schnodderfröhen wenige Zeilen hinter seiner Epistel folgende Drahtnachricht aus Paris drucken:

Paris, 27. Juli, 10.11 N. Paris hat heute Abend eine eindrucksvolle Kundgebung gegen den Krieg erlebt. Diese Kundgebung wäre wirklich imposant geworden, wenn die Polizei nicht allzu vorzüglich gewesen wäre. Gestern Abend veranstalteten einige Sozialisten vor dem „Matin“ eine patriotische Kundgebung ohne Bedeutung. Sie gerieten dabei in Widerspruch mit Arbeitern. Heute veranstaltete daraufhin der Ausschuss der Gewerkschaften eine Kundgebung gegen den Krieg in Form eines Umzuges über die Boulevards. Die Polizei hatte ganz besondere Vorsichtsmaßnahmen getroffen. Die Cafés auf den Boulevards mußten die Tische und Stühle von den Trottoirs zurückziehen. Am Boulevard Montmartre war eine förmliche Armee von Polizisten aufgestellt, um den Zug der Gewerkschaften nach dem Raubourg abzuwehren und zu zerstreuen. Wir haben an dieser Stelle die Kundgebung gesehen. Der Vorbeizug der Arbeiter währte eine halbe Stunde. Sie trugen die Internationale und ein Lied über die unheilvollen Folgen der dreijährigen Dienstzeit. Aus dem Publikum hörte man einzelne Rufe, aber es kam zu keiner kollektiven Gegenkundgebung. Erst nach dem Vorbeizug (1) stimmten einzelne Gruppen junger Leute die Marschlaute an und riefen: Hoch die Armee! Aber das Publikum antwortete nicht und die Polizei unterdrückte auch diese Kundgebung. Die Polizei wollte mit berechtigter Vorsicht einen Zusammenstoß beider Parteien vermeiden, aber die Kriegspartei war entsetzt in der Minderheit.

Und gleichzeitig kommt aus Rom die Nachricht, daß unsere Kammerfraktion die sofortige Einberufung der Kammer fordert und gegen eine Einmischung Italiens protestiert. So „bereinzelt“ stehen die deutschen Sozialdemokraten mit ihrem Vorgehen da!

Deutsche Preklimmen.

Die Berliner „Postische Zeitung“ kann es nicht beweisen, daß sich „Post“, „Vorwärts“ und „Rhein-Westf. Ztg.“ in der Beurteilung des serbisch-österreichischen Krieges „plötzlich gefunden haben“. Sie schreibt: „Die Rhein-Westf. Ztg.“ verhöhnt die Reichstagsabgeordneten der bürgerlichen deutschen Presse, spricht von der „beispiellosen Verlogenheit der österreichischen Offiziere“ und erklärt zugleich, daß bei einem Eingreifen der Russen leider der Bündnisfall gegeben sei. Ähnlich stellt sich die mit ihr englierte „Post“. Es wird später an der Zeit sein, den Gründen nachzugehen, aus denen heraus die beiden Zeitungen den jähren Stimmungswechsel vorzunehmen haben und diese Gründe auf die Lauterkeit zu prüfen. Aber ganz abgesehen davon, ist diese Haltung zu einer ernsten und krisenreichen Zeit mehr als bedauerlich; sie ist alles andere als national.“

Das „freisinnige“ Blatt hätte auch die „Rhein. Zeitung“ erwähnen sollen, die in einer Sonderausgabe vom Sonntag schrieb: „Wir glauben, es geht bei diesen Empfindungen kaum eine Ausnahme, und wenn unsere Sozialdemokraten in den nächsten Tagen Kundgebungen gegen den Krieg veranstalten, so werden sie darin bis zu einem gewissen Grade die Zustimmung des deutschen Bürgertums finden. Denn bei uns will niemand den Krieg, und Fluch demjenigen, der das schreckliche Uebel heraufbeschwört.“

In seiner Abendausgabe vom Montag gibt der national-liberale „Deutsche Kurier“ eine Anzahl Behauptungen der französischen Presse wieder, die alle von Wilhelm II., der Montag morgen von Kiel nach Berlin gereist ist, ein persönliches Eingreifen zugunsten des Friedens erwarten. Hieran knüpft das Blatt folgende Bemerkungen: „Das Schicksal Europas liegt heute an Kaiser Wilhelms Entscheidung. So sollte man meinen, wenn man liest, wie die Pariser Presse den deutschen Kaiser förmlich beschwört, zugunsten des Friedens sein Wort in die Waagschale zu werfen. ... Es sind zweifellos diplomatische Verhandlungen im Gange mit dem Ziel, die Ausdehnung des serbisch-österreichischen

serbischen Konflikts zu verhindern und womöglich auch den Waffengang zwischen Österreich und Serbien hinauszuhalten. Frankreich scheint nicht mehr gesonnen zu sein, um Serbiens willen den Krieg zu wagen, und deshalb appelliert man an der Seine an Kaiser Wilhelms so oft erprobte Friedensliebe. Und es hat tatsächlich den Anschein, als ob Rußland, von Frankreich und England verlassen — das an eine Einmischung in den österreichisch-serbischen Konflikt nicht denkt, es sei denn, daß es zum Frieden rät —, trotz der ersten Schritte zugunsten Serbiens ebenfalls zurückweichen gedenkt.“

Die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ gegen Österreich.

In beachtenswerter Weise nimmt die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“, das Essener Organ der rheinisch-westfälischen Großindustriellen, zu dem Krieg zwischen Österreich und Serbien Stellung. Sind auch die Motive des altdeutschen Scharfmacherblattes für seine Stellungnahme gegen Österreich und den Krieg ganz andere, als die, mit denen die deutsche Sozialdemokratie diesen Krieg bekämpft, so verdienen die Auslassungen der „Rheinisch-Westfälischen“ doch unter allen Umständen Beachtung. Schon am Freitag hatte sich das Blatt in aller Schärfe dagegen gewandt, daß man von Deutschland verlangen könne, für Österreich die Kastration aus dem Feuer zu holen. Gleichzeitig wurde an den Prochaska-Schwindel erinnert und zutreffend betont, daß die einseitigen Behauptungen Österreichs über die großserbischen Umtriebe keine Beweise seien und keinen Glauben verdienen. In ihrer Sonntags-Ausgabe äußert sich die „Rhein.-Westf. Ztg.“ über „Die Stimmung in Deutschland“. Das Blatt sagt, daß die Stimmung in Deutschland, solange Volksversammlungen nicht gesprochen hätten, sich nur in den Zeitungen wiedergebe. Ueber die Beurteilung der Situation durch die bürgerliche Presse sagt das Essener Blatt durchaus zutreffend folgendes:

Die Presse stellt sich zu der ersten auftauchenden Frage: Ist Österreich im Rechte, überwiegend auf Seiten Österreichs. Es ist die alte Sache: Rücksichtslosigkeit blüht immer. Fast die gesamte Presse nimmt die Behauptungen Österreich-Ungarns, es sei erwiesen, daß das serbische Volk und die Regierung den Thronfolger ermordet habe, als vollwertiges Gold hin. Die unerschütterliche Selbstverständlichkeit, mit der die österreichische Note diesen Punkt behandelt, hat die deutsche Presse so blind gemacht, wie die österreichisch-ungarische Bevölkerung; sie hat gar nicht den Mut, diesen Teil der Note mit dem Fernrohr zu betrachten. Und doch ist es selbstverständlich, daß man einen Menschen und ein ganzes Volk nicht hinrichten darf, bis ein öffentliches Gericht erfolgt ist. Gerade bei der beispiellosen Verlogenheit der österreichischen Offiziere wird man die stärksten Zweifel hegen müssen, bis ein Beweis vorliegt.

Auf die zweite Frage: Ist der kommende Krieg, in welchen wir hineingerissen werden können, wünschenswert, schweigt sich die Presse aus. Es ist und bleibt unsere Meinung, daß wir an einem großserbischen Staate innerhalb der österreichisch-ungarischen Monarchie kein Interesse haben, im Gegenteil.

Die dritte Frage: Wenn Rußland eingreift und der Bündnisfall gegeben ist, werden wir ihn getreu halten, wenn natürlich bejaht. ... Sonst aber ist und bleibt es, wenn Zeitungen, die, als unsere Interessen in Südafrika, in Marokko usw. bedroht waren, vor Kriegsanfang zitterten, nunmehr tapfer und mutig reden, da es sich darum handelt, Serbien dem habsburgischen Reich einzuverleiben — denn allein hierum dreht es sich.

„Unsere“ Interessen in Marokko usw. sind natürlich die Interessen der Auftraggeber der „Rhein.-Westf. Ztg.“. Was das Blatt im übrigen aber ausführt, ist durchaus zutreffend, namentlich ist das Essener Organ ein unverdächtigster Zeuge für die Richtigkeit unserer Behauptung, daß der Thronfolgermord nur ein Vorwand für die Befriedigung der imperialistischen Machtgier Österreichs ist.

Der Mob regiert die Stunde.

Das Treiben des nationalistischen Straßenböllers artet an verschiedenen Orten zum Skandal aus. Die patriotisch gehobene Stimmung ist nur noch der Vorwand für grobe Ausschreitungen. Das Tollste in dieser Beziehung ist in München passiert, wo das bekannte Café Jaghrig von einem heulenden, mit Steinen bewaffneten Mob vollständig demoliert und am ganzen Hause von oben bis unten die Fenster eingeschlagen wurden. Die Ursache war, wie sich jetzt herausstellt, daß der Wirt in weit vorgerückter Nachtstunde, nachdem schon stundenlang patriotische Lieder gebrüllt worden waren, seiner schlafenden Hotelgäste wegen um eine Einschränkung der Singerei bat. Die „nationale“ Presse aber, im Münchener Fall vor allem die Zentrums-Presse, die täglich die Sozialdemokratie wegen Hochverrats denunziert, findet kein Wort zur Verurteilung dieser abscheulichen Erzeffe. Ganz im Gegenteil scheint ihr Verhalten darauf angelegt, den Böbel zu weiteren Geldtanten ähnlicher Art zu ermuntern. So sucht die agrar-konservative „Deutsche Tageszeitung“ die Schuld an dem Münchener Kaffeehaussturm — den Serben zuzuschreiben, die im Lokal gegen die deutsch-nationalen Demonstrationen protestiert haben sollen. Weiter heißt es im Bericht des agrarischen Blattes:

Gente umherten große Menschenmassen das Haus, die sich in großer Erregung gegen die Slawen und den ihnen gefälligen Hotelbesitzer aussprachen. Für den Abend hat letzterer militärischen Schutz erbeten. Es macht sich, ähnlich wie 1870, in München lebhaft kriegerische Stimmung im Volke bemerkbar, das die deutsche Mobilisierung teilweise mit Ungebuld erwartet und mit ernsther Entschlossenheit aufnehmen würde.

Das ist das Blatt des kranken Herrn Hertel, der sonst unaussprechlich gegen Robeitsverbrechen die Prügelstrafe empfiehlt. Das ist das Blatt, dem die Strafen für sozialdemokratische Redakteure, Redner und Demonstranten nie hoch genug sind! Und dieses Blatt, das jetzt mit den Steine schmeißenden Straßensoldaten durch die und dünn geht, hat obenreins noch die Stirn, von der Regierung das Verbot der sozialdemokratischen Friedensversammlungen zu verlangen. Es schreibt:

Da sich die Sozialdemokratie vollkommen abseits von der gerade auch in Berlin hochgehenden Woge der allgemeinen nationalen Begeisterung gestellt hat, wird die Möglichkeit ernstster Störungen der öffentlichen Ruhe, Sicherheit und Ordnung nicht von der Hand zu weisen sein. Es sei nur daran erinnert, daß gestern nacht vor dem Berliner Kaiserhof in einer Menge von Zehntausenden die schärfsten Kundgebungen gegen die unpatriotische Haltung der Sozialdemokratie zum Ausdruck gekommen sind. Sollte die Sozialdemokratie in und nach den einberufenen Massenversammlungen gegen die allgemeine Berliner Volksstimmung weiterhin aufreizen und heizen, so wird eben mit Konfrontation sehr wahrscheinlich zu rechnen sein.

Also die johlende Begeleitung der Wackparade repräsentiert die „allgemeine Volksstimmung“, und wer sich ihr widersetzt, der wird von dem würdigen Organ dieser „Volksstimmung“ in kaum noch verhüllten Worten mit Prügel bedroht! Die Arbeiter werden sich aber nirgends von der patriotischen Knüppelgarde einschüchtern lassen!

Sozialdemokratischer Verein Frankfurt a. M.

Donnerstag den 30. Juli 1914, abends halb 9 Uhr,
im großen Saale des Gewerkschaftshauses

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Bericht vom zweiten Quartal 1914.
2. Der Parteitag in Würzburg.
3. Die Delegation zum Parteitag.

Mitgliedsbuch legitimiert.

Um zahlreichen Besuch bittet

Der Vorstand.

Oeffentliche politische Versammlung.

Freitag den 31. Juli 1914, abends halb 9 Uhr,
im großen Saale des „Schwan“, Leipzigerstr. 85

Volks-Versammlung in Bockenheim.

Tagesordnung:

Krieg dem Kriege!

Referent: Reichstagsabgeordneter Hoch-Ganau.

Die Versammlung muß sich zu einer machtvollen Demonstration gestalten,
zu einer Kundgebung gegen den Krieg und für den Frieden.

Der Einberußer:

Wilhelm Zander, Werderstraße 8.

Trinkt Frankfurter Bürgerbräu!

Kriegsgreuel aller Zeiten.

Von Wilhelm Fischer.

Ein starker Band (530 Seiten) gebunden statt Mk. 6.— nur Mk. 1.75
auch in 6 Heften à 20 Bg. (früher 80 Bg.) erhältlich.

Inhalt: Kriegsgreuel in der Vorzeit und im Altertum. Verwüthung
der Welt. Dreihundertjähriger Krieg. Russisch-japanischer Krieg.
Bandalen und Hunnen. Kriegsgreuel des früheren Mittelalters.

Buchhandlung Volksstimme, Frankfurt a. M.
Großer Hirschgraben 17.

Oeffentliche politische Versammlungen.

Kreiswahlverein Hanau-Gelnhausen-Orb.

11 Große öffentliche 11 Protest-Versammlungen

Dienstag den 28. Juli, abends halb 9 Uhr, in
Hanau, im Saalbau, Mühlstraße 2; Referent: Reichstagsabgeordneter Gen.
Gustav Hoch.

Mittwoch den 29. Juli, abends halb 9 Uhr, in
Fechenheim, bei günstigem Wetter im „Engel“, bei ungünstigem Wetter im
„Weißen Löwen“; Referent: Reichstagsabgeordneter Gen. Gustav Hoch.
Langensfeld, im „Weißen Hof“; Referent: Parteisekretär Gen. Schnabrich.
Langendiebach, in der „Stadt Hanau“; Referent: Parteisekretär Gen.
Schnellbacher.

Donnerstag den 30. Juli, abends halb 9 Uhr, in
Ravolzhausen, „Zur schönen Aussicht“; Referent: Gen. J. Rasch.
Groß-Ruheim, „Zur Rose“; Referent: Reichstagsabgeordneter Gen. G. Hoch.

Freitag den 31. Juli, abends halb 9 Uhr, in
Enkheim-Bergen, bei Georg Ernst in Enkheim; Referent: Redakteur Gen.
Hammer.
Preungesheim-Gelnheim, im „Hirsch“ in Preungesheim; Referent: Par-
teisekretär Schnabrich.
Dörnigheim, „Zum Frankfurter Hof“; Referent: Arbeitersekretär Gen.
Pense.
Bockenheim, im „Schwan“, Leipzigerstraße 85; Referent: Reichstagsabgeord-
neter Gen. Gustav Hoch.

Samstag den 1. August, abends halb 9 Uhr, in
Rückingen, „Zum Stern“; Referent: Parteisekretär Schnabrich.
Tagesordnung in allen Versammlungen:

Weltkrieg und Proletariat!

Männer und Frauen der werktätigen Bevölkerung, sorgt für einen Massenbesuch dieser
Versammlungen!

Der Kreisvorstand. J. A.: Fr. Schnellbacher.

Tüchtiger Presser

für Schneideschrift-Plakate
für dauernde Stellung nach Nürn-
berg per sofort gesucht. Offerten
u. N. N. 1755 an Rudolf Mosse,
Nürnberg.

Hauschuhbranche.

Belegte, sehr tüchtige Kraft als

Werkführer

sucht Wilh. Bachsmuth
Hanau a. M., Friedrichstr. 25.



Fahrräder!

Größtenteils Marke, liefert bill. auf
bequeme Zahlungsung. Kleinste
Anzahlung. Kleine Raten. Eine
Zubehörsache billigt. Repara-
turen aller Art.

Fahrradhaus Schmidt

Elisabethenstraße 18.
NB. Bei Verzinsung dieses An-
gebots extra 5% Rabatt. 01053

Käufer!

Herrn - Spezial - Touren - Räder
von Mk. 55.— an
Damen - Spezial - Touren - Räder
von Mk. 65.— an
Marken-Räder mit Torpedostell-
lauf von Mk. 85.— an
Landdecken . . . von Mk. 1.80 an
Luftschläuche . . . von Mk. 1.70 an
Billigste Bezugsquelle von Zubehör-
teilen. — Reparaturen aller Systeme
in eigener Werkstatt gut und billig.

Fahrrad-Günther

Sandweg 17. 01049

Fahrräder,

neue in Fabrikmarke, Torpedo-Steil-
lauf u. Garantie von 55 Mk. an.
Eingeliebte gebrauchte. Mäntel
und Schläuche von 1.50 Mk. an.
Eigene Reparaturwerkstatt. Prinzip:
Großer Umlauf, kleiner Nutzen.

Fahrradhaus Boersch

31 Große Eichenheimerstr. 31.

Garantiert reiner Bienenhonig

per Pfund 90 Pfennig
aus meiner Bienenzucht frei ins Haus
geliefert. Bei Zentradernahme billiger.

Johann Zimmermann
Gross-Karben. 2590

Muzje Pflanzen - Fleisch - Extrakt

Ochsena
in Dosen zu Originalpreisen.
Cafena-Douillontwürfel 5 St. 10
100 Stück-Dosen billiger.

Ledermarkthalle Galerie
Stand 164, Schuster.
Schriftl. Bestellung durch Karte erb.

Höchst Anzeigen.

Zigarren, Zigaretten
empfehlen in vorzüglichen Qualitäten

Franz Strobel

Höchst, Brüningsstr. 16.

L. Creelius Ww.

Zigarrenhandlung
Höchst a. M., Adolphstr. 24

Oeffentliche politische Versammlungen.

Wahlkreis Höchst-Homburg-Wingen.

Mittwoch den 29. Juli, abends 8 Uhr

finden im Kreis

10 große öffentl. Protestversammlungen

statt und zwar in:

Flörsheim, Kaisersaal
Griesheim, Deutscher Kaiser
Hedderheim, Deutscher Hof
Höchst a. M., Halber Mond
Bad Homburg, Neue Brücke

Nied, Waldlust
Oberursel, Kaisereiche
Rödelheim, Mainzer Hof
Schwanheim, Taunus
Sossenheim, Nassauer Hof

Tages-Ordnung:

„Will das Volk den Krieg?“

Referenten: Die Gen. Busold, Dr. Quard, Dismann, Kremser, Dr. Levi
Portune, Weber, Wid, Witte, Zielowski.

Männer und Frauen! Die Zeit ist ernst. Der Weltkrieg droht. Erscheint
in Massen und erhebt Euer Stimme gegen die Barbarei des Krieges.

J. A.: Anton Walter, Höchst a. M., Neugasse 18.

1891/1914.

Jeder Anzug . 38 Mk.
Jeder Paletot . 38 Mk.
Jeder Ulster . 38 Mk.
Jede Hose . . 12 Mk.

= Eigene vollendete Herstellung. =

Schweitzer & Co.

ZEIL 67
Konstabler Wache.

Telephon: Hanau 4603. Albert Schumann-Theater. Telephon: Hanau 4603.

Heute Dienstag den 28. Juli, abends 8 Uhr:
= Flotte Weiber. =

Gesangsposse in 4 Akten. 2611
Kleine Preise!
Samstag den 1. August, abends 8 Uhr:
Première der X. Variété-Saison.

Rest. Martin Moser

17 Grosser Hirschgraben 17. 0129

Mittwoch abend
Metzelsuppe Weisfleisch mit
Wurst, wozu freundl. einladet D. O.

Hundert schlechte und minder
gute Sorten werden empfohlen,
aber es gibt kein besseres
Schuhputzmittel als

Diamantine

mit Scharfieb.
Bitte verlangen Sie nur diese
sparsamste Schuhereme.

Reife Stangenkäse

prima Qualität, für Wiederverkäufer zu 25 Pfg. per Pfund.

Allgäuer Käse-Grosshandlung

S. Bieler, Frankfurt a. M., Schlossstr. 17.

Für Metallarbeiter.

Neuheit! D. R. G. M. 588225 Neuheit!

Ermittlung der Wechselräder bei Gang-, Milli-
meter- und Modulgewinden ohne zu rechnen
für Drehbänke mit Leitspindeln
von 2, 3 und 4 Gang auf 1" engl.

Die Vorrichtung zeigt mehrere Radersätze
bei ein und derselben Steigung an.

Preis Mk. 1.—

Buchhandlung Volksstimme Frankfurt a. M.

Wiesbadener Angelegenheiten.

Wiesbaden, 28. Juli 1914.

Der Freiheit beraubt!

Ein Vorkommnis, das sich hauptsächlich in Wiesbaden abspielte, wirft ein bezeichnendes Licht auf die Zustände in unserem Rechtsstaat. Der Kellner Joseph Nowak ist im Jahre 1868 in Stradiol in Ungarn geboren und besitzt auch die ungarische Staatsangehörigkeit. Als lästiger Ausländer wurde der Mann seinerzeit, wohl-gemerkt, nicht wegen gemeiner Verbrechen, aus dem Gebiete des Deutschen Reiches ausgewiesen. Er kehrte jedoch mehrfach zurück, und als er im April dieses Jahres eine wegen Vandalismus in Wiesbaden auferlegte Haftstrafe verbüßt hatte, überwies ihn die Gerichte der Wiesbadener Polizeidirektion, damit diese das Weitere bezüglich seiner Person veranlasse. Seitdem war der Mann für seine Braut, die in Stettin lebt, verschollen, und diese wandte sich Ende Mai endlich an einen Wiesbadener Rechtsanwalt mit dem Ersuchen, nach dem Verbleib des Mannes zu recherchieren. Das geschah und es wurde festgestellt, daß die von der Braut geäußerte Vermutung, Nowak werde sich in Haft oder Unterjochung befinden, sich bestätigte. Nowak wurde im Wiesbadener Polizeigefängnis entdeckt. Die Polizei hatte ihn festgehalten, weil sie beabsichtigte, ihn per Schub seiner Heimatbehörde zuzuführen.

Auf die Beschwerde des Rechtsanwalts bei der hiesigen Polizeidirektion wurde ihm dann mitgeteilt, daß bereits im März die nötigen Anträge wegen der Ueberrücknahmeerklärung des Heimatstaates gestellt worden seien, daß aber bis zur Stunde eine Antwort noch nicht vorliege und daß bis zur ordnungsgemäßen Erledigung der Angelegenheit Nowak in Haft bleiben müsse. Dem Regierungspräsidenten sei in der Sache Bericht erstattet worden, der an den Minister zur weiteren Entscheidung weitergegeben sei. Der Anwalt setzte sich, weil er annahm, daß an der Verzögerung die österreichisch-ungarischen Behörden die Schuld trügen, zunächst mit dem zuständigen Obergespan und dann mit dem österreichisch-ungarischen Generalkonsulat in Frankfurt a. M. in Verbindung, ebenso mit dem Minister des Innern in Budapest und erhielt dann unterm 27. Juni den Bescheid, daß bis dahin an die zuständigen ungarischen Behörden in dieser Angelegenheit in keiner Weise ein amtliches Ersuchen gerichtet worden sei. Die Polizeidirektion sei benachrichtigt worden, daß Nowak in Verfolg seiner Heimatberechtigung sei und daß der Abschiebung des Mannes in diesen Ort nichts im Wege stehe. Eine Bescheinigung der Gemeinde über die Heimatberechtigung enthalte ebenfalls die Bemerkung, daß gegen die Abschiebung des Mannes nach Verfolg kein Hindernis im Wege sei. Das Schreiben war vom 27. Juni. Der Rechtsanwalt hat sich, als weder die Entlassung noch die Abschiebung seines Mandanten erfolgte, in einigen Eingaben unterm 17. Juli zugleich an den Minister des Innern in Berlin und an das österreichisch-ungarische Generalkonsulat in Berlin gewandt mit der Bitte, die Angelegenheit mit künftiger Beschleunigung zu erledigen. Bis zur Stunde sitzt Nowak noch hinter Schloß und Riegel. Vier Monate sitzt der Mann also unrechtmäßig in Haft, und die Wiesbadener Polizei scheint es auch mit dem Vergeßenen nicht so eilig gehabt zu haben, es war eben ein Ausländer. In Berlin hat man aber jetzt andere Dinge zu tun, als sich um lästige Ausländer zu kümmern. In Preußen-Deutschland kann aber ein Mensch widerrechtlich vier Monate hinter Schloß und Riegel gehalten werden, der sonst nichts verbrochen hat, als die geheiligten Grenzen ohne Erlaubnis zu überschreiten. Ausländer sind eben nur als Rohndrücker angesehen.

Eine unerhörte Behandlung wurde am Samstagabend dem 25 Jahre alten Sprachlehrer William A. durch die Polizei zuteil. Der Mann kam von Koblenz zugereist und befand sich auf dem Wege zum Gewerkschaftshaus. Vor dem Hause Wellrichstraße 55 wurde er plötzlich von Krämpfen befallen. Als er sich wieder erholt hatte, stand der Schuhmann Nr. 109, Landmann, vor ihm und erklärte ihm, er solle ins Krankenhaus gehen. Der junge Mann erklärte, daß dazu gar keine Veranlassung vorliege, er sei wieder wohl, bekomme derartige Anfälle öfter, die nach einigen Minuten vorüber gingen, er gehe ins Gewerkschaftshaus ins Logis, da sei er gut aufgehoben. Der Schuhmann erklärte kategorisch, er habe ins Krankenhaus zu gehen. Vergeblich protestierte der Fremde und

erklärte, daß darüber doch er zu bestimmen habe. Der Schuhmann rief einen anderen Mann zu Hilfe, ließ den Fremden festhalten und ging in ein Geschäft ans Telefon. Während dessen ließ der freiwillige Helfer den Fremden gehen, der ins Gewerkschaftshaus ging. Nach einigen Minuten erschien der Schuhmann wieder und verhaftete den Mann, trotzdem er Legitimationspapiere vorzeigte und erklärte, er sei vollständig wohl. Das half nichts, selbst das angebotene Essen durfte er nicht einnehmen, er mußte sofort mit. Im Krankenhaus erklärte der Arzt nach der Untersuchung, es sei gar kein Grund, den Mann dazubehalten, wenn er nicht bleiben wolle. Nun gings zur Polizeiwache. Dort fragte der Kommissar, warum er absolut ins Gewerkschaftshaus wolle, ob das besondere Vorteile biete, er könne doch auch anderwärts übernachten. Der Fremde erklärte, darüber habe ihm die Polizei keine Vorschriften zu machen, er sei organisiert und gehe ins Gewerkschaftshaus. Ein Recht, den Mann festzuhalten, hatte die Polizei nicht und so ließ sie ihn ziehen. Der Schuhmann brachte ihn bis vor das Haus und drückte sich dann ohne Entschuldigung für sein unqualifizierbares Benehmen. Es handelte sich hier um einen noch jugendlichen Beamten, der anscheinend noch sehr der Jastruktion über seine Befugnisse bedarf. Aber auch der Kommissar kümmerte sich um Dinge, die ihn nichts angingen. Sind die zureisenden Fremden, die ins Gewerkschaftshaus wollen, vogelfrei? Was das Gewerkschaftshaus für Vorteile bietet, kann die Polizei ermeßen, wenn sie den Unterschied beachtet zwischen den Verhältnissen in öden Herbergsplunken und modernen Gewerkschaftshäusern.

Ungültigkeitserklärung. Die Rechnungsstelle Siegen der „Volksfürsorge“ teilt uns mit, daß einem ihrer Vertrauensleute der Aufnahmegebühren-Quittungsblock Nr. 58581—600, Serie L, verloren gegangen ist und daß dieser Block für ungültig erklärt wurde.

Die Gewerbegerichtsbeisitzer werden hiermit zu einer wichtigen Sitzung auf Dienstag den 28. d. M., abends 9 Uhr, in das Gewerkschaftshaus eingeladen.

Die reiche Kirchengemeinde hat nicht vermerkt, die Einfuhr von Kirchengeldern. Ganz im Gegenteil, die Einfuhr ist noch ganz gewaltig gestiegen. Im laufenden Jahre sind bis Ende Juni 85 386 Doppelzentner im Werte von 4,69 Mill. Mark eingeführt worden gegen 54 416 Doppelzentner im Werte von 2,99 Mill. Mark im Vorjahre. Davon sind allein im Juni 1914 62 979 Doppelzentner im Werte von 3,46 Millionen Mark eingeführt worden. Wir bezogen z. B. aus Frankreich 20 016 Doppelzentner gegen nur 2475 im Vorjahre, aus Italien 41 587 gegen 35 388, aus Österreich-Ungarn 2079 gegen 1662. Nur die Niederlande lieferten uns weniger als 1913, nämlich 11 290 Doppelzentner gegen 14 550. Gewiß ist in den Grenzgebieten ein starker Austausch mit Auslandsware nicht zu vermeiden, aber für Italien kommt ein solcher Verkehr sicherlich nicht in Betracht. Und warum gelingt es Deutschland in einem solchen Jahre wie dem heutigen nicht, seine Ausfuhr wenigstens nennenswert zu steigern? Ganze 2408 Doppelzentner Kirchengeldern haben wir bei einer Einfuhr von 85 386 Doppelzentnern ausgeführt. Davon brachten wir es bis auf 722 Doppelzentner, die nach Österreich-Ungarn gingen. Nach Danemark verjagten wir sogar weniger als 1913. Das sind Jiffen, die zu denken geben und beweisen, daß hier noch sehr viel zur Besserung der Absatzorganisation zu geschehen hat. Die Obstgüter verlassen sich noch in vielen Gegenden völlig auf die Händler, tragen diesen die Ware ins Haus und kümmern sich um den Absatz und die Markterhältnisse nicht weiter. Auch die Transportverhältnisse sind keineswegs für einen raschen Versand eingerichtet. Die bürokratische Schwerfälligkeit und Unflexibilität der Eisenbahnbehörden äußert sich hier besonders nachteilig. Von der Raschheit und Billigkeit des Verlandes hängt es ab, wie weit die Kirche verfrachtet werden kann.

Beschlagnahmtes Fahrrad. Die Polizei nahm ein Fahrrad in Gewahrsam, Marke Deutschland Nr. 448 946, das anscheinend von einem Diebstahl herrührt. Eigentumsansprüche können auf Zimmer 4 der Polizeidirektion geltend gemacht werden.

Gewerkschaftliches.

Verband der Tünder, Maler und Lackierer. In der letzten Quartalsversammlung gab Kollege Hohl eine Uebersicht über das zweite Quartal, das etwas mehr Arbeitsgelegenheit gebracht hat, wie das erste. Neubauten waren allerdings, außer dem Museum, wenig vorhanden. In Wiesbaden ist dagegen eine rege Bautätigkeit; es handelt sich aber meist um kleinere Bauten. In der Mitte des Mai machte sich wieder größerer Arbeitsmangel bemerkbar, und

die Kollegen mußten meist auswärts, in Höchst, Frankfurt und Mainz, Arbeit suchen. Es ist aber zu beobachten, daß der Tarif fast überall eingehalten wird; die Arbeitgeber haben sich an die Notwendigkeit der Einhaltung gewöhnt. Nur die Firma Ludwig hatte im Winter einige Arbeiter zu niedrigerem Lohn erhalten, die sogar schriftlich bestätigten, daß sie sich für minder leistungsfähig hielten. Auf Veranlassung der Organisation beschäftigte sich das Ortsarbeitsamt mit der Sache und verurteilte die Firma Ludwig zur Nachzahlung der Differenz in Höhe von 279 Mark. Auf dem Arbeitsnachweis meldeten sich im April 101 Kollegen, im Mai 133, im Juni 172. Arbeit wurde vermittelt im April an 58, im Mai an 47, im Juni an 48 Kollegen. Leider besteht auch bei einem Teil der Kollegen noch eine Abneigung gegen den Arbeitsnachweis, zu ihrem eigenen Schaden. Jeder Kollege muß sich bei eintretender Arbeitslosigkeit auf dem Arbeitsamt einschreiben lassen. Die Agitation war besonders in Wiesbaden und den Vororten eine rege. Die jungen Kollegen, die im Frühjahr angeleitet hatten, sind bis auf wenige Ausnahmen der Organisation beigetreten. Bei den Beurlaubten macht sich mehr und mehr die Erkenntnis der Notwendigkeit der Organisation bemerkbar, und sie treten in den meisten Fällen kurz nachdem in die Organisation ein, wenn sie den Gesellenbrief in der Tasche haben. Die im Mai angeordneten Agitationsversammlungen waren überall gut besucht; nur die Versammlung in Wiesbaden blieb hinter dem Durchschnittsbesuch zurück. Es fanden im zweiten Quartal statt: 1 Generalversammlung, 1 allgemeine Mitgliederversammlung, 10 Jahreshellenversammlungen, 3 Werkstellenversammlungen, 11 Sitzungen und 1 Sitzung des Ortsarbeitsamts. In der Maschinenfabrik Wiesbaden ist es den Kollegen gelungen, einen Verein zu gründen, dem auch sechs ehemalige Mitglieder des Malerverbandes beigetreten sind. Es handelt sich hauptsächlich um angeleitete Ausreißer, die vor ihrer Zugehörigkeit zur Organisation einen Stundenlohn von 38 bis 42 Pfennig hatten, der mit Hilfe der Organisation um 6 Pfennig pro Stunde erhöht wurde. Durch den ungeheuerlichen Druck wurden die Leute in die gelbe Organisation hineingepreßt, und sie haben diesem Druck nicht widerstanden. Der Mitgliederstand betrug am Schluß des letzten Quartals 909. Neu aufgenommen wurden 50, zugereist sind 7 Mitglieder, abgegangen, davon 30 durch Abreise, 75 Mitglieder, so daß der Bestand am Schluß des Quartals noch 891 betrug. Die Hauptkasse hatte im vergangenen Quartal 7451.40 Mark Einnahmen. Davon wurden 4330.16 Mark an die Hauptkasse eingezahlt, 2260.50 Mark wurden für Krankenunterstützung ausgegeben. Die Gesamtabrechnung enthält 12 401.74 Mark Einnahmen und 8979.07 Mark Ausgaben und einen Kassenbestand von 3422.67 Mark. Krankenunterstützung erhielten 70 Kollegen für 1507 Tage. In der Diskussion wurde besonders das Verhalten der Kollegen bei der Firma Ludwig verurteilt. Gegen die Geschäftsführung war nichts einzuwenden. Bei Organisation und Agitation erbat sich der Vorstand die Mithilfe sämtlicher Kollegen, insbesondere zu der am Sonntag stattfindenden Hausagitation. Der Vorstand machte noch auf die Bildungsvereinsanstalten des Bildungsausschusses aufmerksam und empfahl den Kollegen den Besuch. Es fehlten in der Versammlung unentschuldig die Zahlstellen Weidenstadt, Kloppenheim, Nordenstadt, Orlen und Schierstein. Bei Weidenstadt wurde gerügt, daß diese Zahlstelle regelmäßig den Versammlungen fernbleibt.

Aus dem Kreise Wiesbaden.

Erbenheim, 28. Juli. (Gemeindefekretär gewählt.) Der in der Sitzung der Gemeindevertretung vom 20. März mit 9 gegen 7 Stimmen gefasste Beschluß, einen Gemeindefekretär anzustellen, ist jetzt ausgeführt worden. Gewählt ist Polizeiergeant Weidenbach. Wie verlautet, soll die Besetzung der Stelle sich deshalb verzögert haben, weil man von der vorgelegten Behörde selbst einen Beamten in Vorschlag bringen wollte. Bürgermeister Meisen war aber unter diesem Umstände bereit, lieber auf die Anstellung eines Sekretärs zu verzichten, als einen mit den Arbeiten nicht vertrauten Militärschwärmer zu erhalten. Es dürfte der Gemeindegefährte eingearbeitet hat, die geeignete Person sein. Allerdings ist in der Gemeindeförperschaft eine starke Minorität vorhanden, die mit der Person des Gewählten nicht einverstanden ist, weil Weidenbach aus dem Arbeiterstande hervorgeht. Auch zur Bürgermeisterwahl im nächsten Jahre, zu der bereits eine Reihe Kan-

Kleines Feuilleton.

Gedenktage.

28. Juli. 1742 Der Friede zu Berlin beendet den ersten schlesischen Krieg. — 1750 † Johann Sebastian Bach in Leipzig (* 1685). — 1804 * Der Philosoph Ludwig Andreas Feuerbach in Landshut († 1872). — 1824 * Der französische Schriftsteller Alexandre Dumas der Jüngere in Paris († 1895). — 1883 Erdbeben auf Java. — 1902 Taifun auf den Philippinen. — 1907 Taifun im südpazifischen Meer. — 1911 Deutsch-französische Friedensdemonstration in der Hafenstraße, Berlin. — 1912 Einsturz der Landungsbrücke in Vinga (Cistee), 14 Tote.

Die Klage der Winde.)

Von August Strindberg.

Unter des Himmels Wolken geboren,
Wurden gejagt von Andras Blitzstrahlen
Wir auf die staubige Erde —
Streu von den Nördern Schmutz und die Füße,
Landstraßenstaub, Rauch aus den Städten,
Düfte Atmungs, Egeruch, Weidhampfe,
Ruchten wir ertragen —
Aufs weite Meer hin eilten wir,
Zu kühlen unsere Lungen,
Schütteln unsere Schwingen,
Und wuschen unsere Füße!
Andra, Herr des Himmels,
Hör' uns!
Hör', wenn wir seufzen!
Rein ist die Erde nicht!
Gut ist das Leben nicht!
Düfte sind die Menschen nicht,
Aber gut doch auch nicht!
Sie leben, wie sie können,

Von Tag zu Tage,
Wandern im Staube, Söhne des Staubes,
Vom Staube geboren, zu Staube werden sie!
Füße zum Treten kriegten sie,
Kluge nicht!
Schmutzig nur werden sie,
Ist's ihre Schuld
Oder deine?
Wir Winde, Kinder der Luft,
Führen Klage der Menschen!
Hörstest du uns,
Im Schornsteinrohr am Herbstabend,
In Ofenklappen,
In Fensterpalten,
Wo Regen auf Dachpfannen weinte,
Oder am Winterabend
Im schneeigen Föhrenwald,
Auf wehendem Meer
Hörstest du Jammer und Wimmern.
In Segel und Tau —
Das sind wir, die Winde,
Kinder der Luft,
Die aus Menschenbrust,
Durch die wir gegangen,
Vernten die Töne der Qualen —
Beim Kranken, im Schlachtfeld,
Am Kindbett zumeist,
Wo Neugeborene wimmern,
Klagen, schreien,
Aus Schmerz, daß sie da sind.
Wir sind's, wir, die Winde,
Die pfeifen und wimmeln:
Weh! weh! weh!

Wiesbadener Theater.

Literarischer Abend im Kurtheater.

Gastspiel des Wiener Residenz-Ensembles: „Der Gott der Rache“, Drama in drei Akten von Schalom Asch. Jankel Schepshowitz ist ein Vordellbesitzer. Seine Frau Sara war früher Dirne. Jankel ist nebenbei ein bürgerlicher Moralist. Unten in seinem Hause werden Orgien gefeiert, aber oben erzieht er eine reine jüdische Jungfrau, seine Tochter Rivke.

Sein Ausspruch ist: Willst du Geschäfte machen, so komme nach unten, oben kenne ich dich nicht. Jankels Tochter ist hebräisch, und ein jüdischer Gelehrter wird vom Schachschach Reb Elie als Bräutigam vermittelt. Für seine Tochter läßt Jankel „für viel Geld“ eine Tora schreiben; der zukünftige Schwiegersohn soll später darin lesen, und Rivke soll als eine reine jüdische Jungfrau die Tora hüten. Vater Jankel will dann sein Geschäft weit weg von seinem Schwiegersohn betreiben. Rivke macht aber dem Vater einen Strich durch die Rechnung. Sie hat mit einer Dirne aus dem Bordell ihres Vaters Freundschaft geschlossen; die Dirne in ihr erwacht, und plötzlich bekennt sie durch.

Nun kommt das Drama in Fluß. Die Tora im Hause, die Tochter keine reine jüdische Jungfrau mehr, der Vater in Verzweiflung, dem Wahnsinn nahe und das Wiedererwachen des Dürrenhums in der Mutter, all das bietet starke dramatische Momente. Reb Elie will vermitteln, verurteilen, alles wieder gut machen, die Geschichte soll vergessen werden; das Unglück ist nicht schlimm, so was kommt überall vor, die Sache kostet nur ein paar hundert Rubel Mitgift mehr. Jankel läßt sich auf nichts ein. Ihm soek ist dem Satan verfallen, schreit er, und stößt seine Tochter hinunter ins Bordell. Die Tora gibt er der Gemeinde zurück, er ist jüdischer als ein Rabbiner. . . .

Das Drama hat Stellen von erschütternder Tragik. Das Judentum in seinen Auswüchsen wird stark getroffen. Schalom Asch, der markanteste Vertreter der jüdischen Literatur, schuf in seinem „Gott der Rache“ ein bedeutendes Werk. Einige Szenen waren blendend und faszinierend. So ist die Bordellszene ein Meisterwerk der Kleinmalerei mit scharfer Charakteristik. Die Dirnen erzählen sich gruselige Geschichten, unterhalten sich von Wahnsinn, Egoismus, Egoismus, Mord, Mord und eifigen anderen Sachen. Diese Szene zeigte Adel und Tiefe der Dürrenhums. Das ganze Drama ist ein düsteres Nachbild mit Wetterleuchten. . . .

Egon Brocher spielte den Jankel mit Wucht; der Künstler wuchs vollständig in seiner Rolle. Sara wurde von Erna Kräma und Rivke von Sabine Hildebrandt gut gegeben. Jacques Reison, Heinz Verton und Hermann Hah geben prächtige jüdische Typen, und Beate Seldorf, Frieda Scaron, Nimi v. Klingenberg und Riehl Höbner spielen die Bordellmädchen mit Natürlichkeit und leichter Laune.

*) Diese Verse entstammen Strindbergs „Traumspiel.“ Das „Traumspiel“ ist in der von Emil Schering übersetzten, bei Georg Müller in München erschienenen Gesamtausgabe der Werke Strindbergs enthalten.

bidaten genannt werden, kommt ihnen diese Verurteilung ungelogen. Für unsere Genossen gilt es, die Augen offen zu halten und, da auch im April 1914 die vollständige Erneuerung des Gemeindefestplatzes bevorsteht, dafür zu sorgen, daß nicht eine verwerfliche Interessenspolitik sich breit macht, die ihre Schatten bereits voraus wirft.

Erbenheim, 26. Juli. (Gemeindevertreterversammlung.) Die Ausschreibung des Trompeterpades im hiesigen Gemeindefestplatz auf eine Länge von 450 Meter mit einem Kostenaufwand von 3000 Mark, verteilt auf drei Jahre, wurde einstimmig beschlossen. Eine Anfrage des Genossen Schäfer, ob diese Kosten nicht aus dem Fonds der Ernteholzfällungen für Waldwegbau, der nach der Gemeindefestrechnung noch 2239,99 Mark beträgt, entnommen werden könnten, beantwortete Bürgermeister Werten dahingehend, daß dieser Fonds bereits aufgebraucht sei. Warum er aber noch in der Gemeindefestrechnung erscheint, wurde nicht gesagt. Ein Besuch des Geflügelzuchtvereins um eine Weisener zu den Kosten der Anlage eines Zuchtplatzes wurde von der bürgerlichen Mehrheit mit Still-schweigen beantwortet, trotzdem sie zum größten Teil Mitglieder des Vereins sind. Einige Vertreter hatten es vorgezogen, der Sitzung fernzubleiben. Genosse Schäfer suchte die Bürgerlichen zur Stellungnahme zu bewegen, hatte aber keinen Erfolg. Genosse Schäfer wies dann darauf hin, daß die Sozialdemokraten aus volkswirtschaftlichen Gründen zur Hebung der Geflügelzucht beitragen wollen. Kaum 5 Prozent des Eierbedarfs würden in Deutschland produziert und jährlich wanderten ungeheure Summen ins Ausland, aus dem etwa 800 Millionen Eier eingeführt würden. Die Rückführung von Rassestücken sei allerdings mehr Spezialität der Vereine, und die rationelle Eierproduktion werde durch sie sehr gefördert. Auch zeige die Strömung im Geflügelzuchtverein, daß die Landwirte deshalb Gegner der Anlage seien, weil sie in ihren Anwesen Platz genügend zur Zucht hätten, was bei den Landwirten und Arbeitern nicht der Fall sei. Unsere Genossen beantragten dann, dem Verein die Hälfte der Kosten, 75 Mark, zu bewilligen. Als Bürgermeister Werten über einen Antrag des Gemeindevorstandes von 25 Mark zuerst abstimmen lassen wollte, entstand eine längere Geschäftsordnungsdebatte. Unsere Genossen verlangten, daß über ihren Antrag zuerst abgestimmt werde. Bürgermeister Werten wollte dies nicht gelten lassen; das sei vielmehr in Vereinen üblich, aber nicht bei der Gemeindevertretung, wo der erste Antrag zuerst zur Abstimmung gelange. Der Antrag über 25 Mark wurde sodann angenommen, der Antrag der Sozialdemokraten über 75 Mark wurde gegen unsere 4 Stimmen abgelehnt. In einem Schreiben des Kreisaußschusses wurde die neu eingeführte Geschäftsordnung beanstandet; eine beigefügte Ordnung von Klopffensheim soll als Muster dienen. Die eingeführte Legitimationskarte beim Erbsatz und die Ueberschreibung einer Grabstätte für je einen Betrag von 2 Mark wurden gestrichen. Für „Beiträge“ sollen überall „Gebühren“ erhoben werden. Für Verbringung einer Leiche nach auswärts werden außer der Gebühr von 6 Mark für den Kilometer 75 Pfennig erhoben. Für die Ausgrabung g und Wiedererschließung eines Grabes sollen 20 Mark erhoben werden. Genosse Schäfer wünscht, diesen Betrag nur für den Fall von behördlichen Verfügungen gelten zu lassen, die Ausgrabung auf Wunsch privater Personen der freien Vereinbarung mit dem Totengräber zu überlassen. Es wurden auf unseren Antrag hin gleichmäßig 30 Mark festgesetzt. Nach Erledigung der Tagesordnung machte Bürgermeister Werten bekannt, daß infolge schlechter Beschaffenheit der Hintergasse der Gemeindevorstand beabsichtigt, nach diesem Jahr die Pflasterung des unteren Teiles der Straße, etwa 100 Meter, vornehmen zu lassen. Genosse Schäfer machte verschiedene Vorschläge. Damit die Wasser-massen, die in dem Gefäß der Straße die Ränder der Straßenrinne mit aufsteigen, schneller abgeführt werden können, schlägt Schäfer einen weiteren Rohrkanal von etwa 50 Meter Länge vor. Sollte eine Pflasterung wegen der Steigung der Straße nicht gleichmäßig sein, so könnte man die Ränder der Straßenrinne eventuell mit einer Sand- und Asphaltmischung decken. Es sollen zwei Kostenvoranschläge eingeholt werden über Kleinschlagpflaster und Pflasterheine dritter Sorte. Die Kosten dürften 2000 Mark überschreiten. Die Ausführung soll baldmöglichst erfolgen. Genosse Splidorf machte noch auf die Verleumdung in der durchgebrochenen Wächterstraße aufmerksam und ersuchte um Verlegung der Straßenlaternen von der Befahrung des Hofes Friedrich Meimner an die Straßenecke. Der Bürgermeister jagte die Ausführung dieser Anregung zu.

Sonnenberg-Rambach, 28. Juli. (Zur Beachtung!) Die geplante öffentliche Protestversammlung muß wegen des Lokalverhältnisses leider ausfallen. Die Genossen fordern wir auf, die Versammlung in Wiesbaden zu besuchen.

Aus den umliegenden Kreisen.

Bergarbeiterleiden.

Schon mehrfach waren wir gezwungen, die Entlohnung und die Behandlung der Arbeiter auf der Kruppischen Grube „Wieser“ einer Kritik zu unterziehen. Eine merkwürdige Vetterung aber ist nicht eingetreten, und so klagen die Bergarbeiter insbesondere wieder über die geradezu provozierende Behandlung des Steigers Hornung. Nach der Arbeitsordnung soll die Gehin-geschließung auf gegenseitige Vereinbarung vor sich gehen, aber mit höchsten und verschärfenden Nebenbedingen, wie sich Steiger Hornung diesem zu entziehen. Genau so wie der Zentrumsabgeordnete Bruck, antwortet auch er den Bergarbeitern, indem er statt die Bedingungen zu erhöhen, den Rat gibt, vor Schicht einen Wagen Erz mehr auszugeben. Dabei ist aber die Arbeitskraft schon so angespannt, daß eine Mehrleistung unmöglich ist. Die Löhne, die von der „Wohlfahrtsfirma“ gezahlt werden, schwanken zwischen 2,60 und 3 Mark. Hat nun jemand einen Lohn von 3,01 Mark erreicht, so macht sich der Steiger Hornung an, diesen „Glücklichen“ über den außerordentlichen Lohn Vorhaltungen zu machen und deutet an, daß er dafür sorgen werde, daß der Lohn schon wieder seinen alten Standpunkt erreiche. Wann werden die Bergarbeiter diesem Feiniger die richtige Antwort geben?

Von der Taunusbahn.

Kaum eine andere Bahn des Frankfurter Eisenbahndirektionsbezirks hat in den letzten Jahren eine solche Fülle von Um- und Erweiterungsarbeiten erfahren, als die Taunusbahn. Die engen, veralteten Bahnhöfe an der Strecke waren nicht mehr in der Lage, den von Jahr zu Jahr stärker anschwellenden Verkehr zwischen Frankfurt und dem Rhein über Wiesbaden zu fassen. Infolgedessen entschloß man sich unter Aufwendung erheblicher Kosten zu einer völligen Umgestaltung fast aller Bahnhöfe. Mit Ausnahme des höchsten Bahnhofs sind die Umbauten auf den übrigen Stationen jetzt nahezu beendet. Das ist aber auch die allerhöchste Zeit. Eine Bahnverwaltung wie Höchst a. M. sollte, wenn sie absolut Aus-kunftsbedürfnisse sparen will, wenigstens Platztateln zur Orientierung des reisenden Publikums auf dem Bahnsteig aufstellen. Am Sonntag konnte man lauten Unwillen über die Rücksichtslosigkeit der höchsten Bahnverwaltung vernahmen. Die Unterführungen der Bahnhöfe Gattersheim, Fiedersheim und Eddersheim haben sich als

außerordentlich praktisch erwiesen; sämtliche Schnell- und Personenzüge können nunmehr zur Tag- und Nachtzeit ungehindert passieren. Dringend geboten erscheint ebenfalls der Umbau der Station Hochheim. Dem Vernehmen nach soll er in Kürze auch in Angriff genommen werden. Auf der Taunusbahn stellt man vor einiger Zeit mehrere Maschinen probeweise in den Betrieb ein, die 18 Tonnen Kohlen und 4,5 Kubikmeter Wasser fassen; ihre Stunden-geschwindigkeit beträgt 90 Kilometer. Die Stärke der von diesen Maschinen gezogenen Züge kann bei Schnell- und Eilzügen auf 52 und bei Personenzügen auf 60 Achsen ausgedehnt werden.

Eine unzulässige polizeiliche Strafverfügung.

Die Polizeiverwaltung in Fiedersheim bedachte am 18. Februar d. J. zwei Parteigenossen mit je 5 Mark Geldstrafe, weil sie am 9. Februar bei einer Verdringung Kränze mit roten Schleifen im Trauerzug mitführten. Von einer Beschlagnahme der roten Schleifen wurde auf Veranlassung des Polizeikommissars Stein Abstand genommen. Man befürchtete nämlich einen Aufruhr. Das Schöffengericht in Vergen bestätigte diese polizeilichen Maßnahmen nicht, darauf wandte sich die Staats-anwaltschaft an die Strafkammer in Hanau. Unter dem Vorsitz des Landrichters Arnold stand deshalb gestern die Sache zur Verhandlung. Nach längerer Beratung kam der Gerichtshof zur Freisprechung. In der Begründung wird ausgesprochen: Das Reichsvereinsgesetz schreibe im Paragraphen 7 Ziffer 1 vor: „Wer eine Versammlung unter freiem Himmel, oder einen Auf-zug ohne die vorgeschriebene Genehmigung veranstaltet oder leitet, wird mit Geldstrafe bis zu 300 Mark, an deren Stelle im Unver-mögensfalle Haft tritt, bestraft.“ Hier handele es sich also nicht um eine Uebertretung, sondern um ein Vergehen. Darnach konnte die Polizeiverwaltung in Fiedersheim auch keine polizeilichen Straf-mandate wegen Uebertretung des Paragraphen 7 des Reichsvereins-gesetzes aussprechen. Die beantragten Polizeistrafen waren somit zu Unrecht erfolgt. Nach Paragraph 458 der Strafprozessordnung waren die polizeilichen Strafverfügungen und das angeordnete schöffengerichtliche Urteil, das eine Uebertretung des Reichsvereins-gesetzes durch das Tragen von Kränzen mit roten Schleifen bei Verdringungen als nicht vorliegend erachtete, aufzuheben. Die Kosten des Verfahrens wurden der Staatskasse auferlegt. Das ist ein mehr als blamabler Ausgang für die schneidige Fiedersheimer Polizeiverwaltung. Eine solche Korrektur ihrer Maßnahmen gegen die Fiedersheimer Arbeiterschaft durch die Hanauer Strafkammer hatte sie sicher nicht geahnt.

Gefährliche Stimmungsmacherei.

Aus Bad Nauheim wird uns geschrieben: Bad Nauheim ist eine internationale Bad. Aus aller Herren Länder kamen seither Fremde zum Kurgebrauch hierher. Ein Hauptkontingent der Besucher stellten von jeher die slawischen Völker, voran Rußland, so daß man Nauheim öfters für ein russisches Bad erklärt hat. Das war allerdings zu viel behauptet, denn auch von England und Frankreich usw. war der Besuch ein guter. Das mußte auch die Kurverwaltung und sie hatte von jeher ein feines Verständnis für die jeweiligen nationalen Wünsche, so daß kein Fest oder Feiertag irgend eine passende Veranstaltung den Fremden dieses Staates irgend eine Aufmerksamkeit erwiesen hätte. Dabei wurden alle Nationen gleichmäßig behandelt. Von diesem, vom geschäftlichen Standpunkt aus ganz korrekten Gebrauch ist man jetzt erheblich abgewichen. Der nationale Taumel ließ selbst unsere Kurverwaltung vergessen, daß Nauheim als internationaler Badeort über dem Streit der Rassen stehen sollte. Sonst hätte sie verhindern müssen, daß am Sonntagabend die Aulapelle beim öffentlichen Konzert deutsche und österreichische Lieder anstimmen konnte, um so das Signal zu antislawischen und antirussischen Kundgebungen zu geben. Hat man denn gar nicht daran gedacht, daß man die Ge-fühle aller anwesenden Russen, Franzosen, Engländer aufs stärkste verletzt, wenn man den deutschen und österreichischen Kaiser hochleben ließ? Hat man in diesem Augenblick gar nicht daran gedacht, daß seit Ausbruch des Weltkrieges die aufs Vermieten ange-wiesene und eingerichtete Bürgerkassette ohnehin schon aufs schwerste leidet? Die österreichischen Kurfremden reisen jetzt aus begreif-lichen Gründen scharenweise ab. Wo soll es hinführen, wenn jetzt die Angehörigen der anderen Nationen aus gekränktem National-gefühl ein gleiches tun?

Was wird die Folge sein? Der heftigste Staat wird in seinem nächstjährigen Budget an den seither aus Bad Nauheim entnom-menen 200 000 Mark einen erheblichen Abstrich machen und den Rest den in ihrer Existenz — dank der ewigen Kriegstreiberie und ihren Folgen (wie am Sonntag) — schwer gefährdeten Haus-besitzern weihen müssen. Abgesehen davon, daß es lange dauern kann, bis Bad Nauheim wieder seine alte Beliebtheit bei dem internationalen Publikum erlangt hat. Wen die Witter-verderben wollen, den schlagen sie mit Blindheit. Es ist hohe Zeit, daß unsere Kurverwaltung wieder sehend wird.

Bad Homburg v. d. G., 27. Juli. (Zum Krankenlassen-freit.) In dem Streit der Ärzte des Bezirks Wingen mit der Ortskrankenkasse Homburg ist eine Einigung nicht zustande ge-kommen. Die Kasse beschloß deshalb, für die in Frage kommen-den erkrankten Mitglieder die von den Winger Ärzten geforderte Minimalrate zu bezahlen. Den Mitgliedern wird aber an-empfohlen, in Krankheitsfällen die Winger Ärzte möglichst nicht zu befehlen, sondern sich an die Homburger Kassenzur-zu wenden.

Raffau (Lahn), 27. Juli. (Neubauten der Landes-bank und des Postamts.) Beide Gebäude wurde mit dem Bau der beiden neuen Postämter behaftet. Das künftigen Heim der hiesigen Zweigstelle der Nassauischen Landesbank und des neuen Kaiserl. Postamts beynennen. Beide Gebäude erhalten ihren Platz gegenüber dem freiherrlich v. Scheinichen Schloß, neben dem Rath-saule. Der Kostenaufwand für die Landesbank beträgt 50 000 Mark, der für das Kaiserl. Postamt 45 000 Mark. Beide Gebäude sollen möglichst dem Stil des alten Rathauses angepaßt werden. Die Landesbank soll ganz modern eingerichtet werden, Zentral-beizung und Stahlkammern erhalten. Das Postamt wird ohne Zentralheizung sein.

u. Siegen, 27. Juli. (Folgen der Syndikatspolitik.) Das Siegerer Stahlröhrenwerk in Weidenau hat durch Anschlag bekannt gemacht, daß am 8. August der Betrieb stillgelegt wird. Den Arbeitern wurde hiermit gekündigt. Durch diese Gewalt-politik des Röhren-Mannesmann-Syndikats werden 450 Arbeiter brotlos. Im Monat Mai hat bekanntlich die Mannesmann-Firma mit dem Siegerer Stahlröhrenwerk auf 30 Jahre einen Vertrag abgeschlossen, ähnlich wie mit anderen Röhrenwerken, um die Preisfestsetzung auf dem Röhrenmarkt ausüben zu können. Ob nun das Siegerer Stahlröhrenwerk auf die Dauer stillgelegt oder etwas anderes produziert werden soll, weiß man noch nicht. Jeden-falls wird diese neueste Syndikatspolitik auch den Siegerer Arbei-tern zeigen, wohin der Weg geht.

Darmstadt, 28. Juli. (Selbstmord auf dem Fried-hofe.) Der 74 Jahre alte Privatier Wetter dahier, der sich an einem 12 Jahre alten Mädchen vergangen hatte, sollte heute wegen dieser Angelegenheit vernommen werden. Aus Furcht vor den Folgen seiner Tat hat er sich auf dem Friedhofe erschossen.

Marburg, 27. Juli. (Schwerer Automobilunfall.) Ein mit sechs Personen besetztes Automobil überfuhr sich bei den Sandenhäusern zwei mal und schleuderte alle Insassen heraus. Dabei wurde ein 13-jähriges Mädchen aus Frankfurt a. M., das hier zum Besuch weilte, so schwer verletzt, daß es auf dem Trans-port nach der Klinik starb. Die übrigen Insassen und der Chauffeur kamen mit leichten Verletzungen davon.

Fiedersheim, 28. Juli. (Gebortene Ordnungssäule.) Die am Samstag erfolgte Verhaftung des hier seit etwa 20 Jahren angestellten Gemeindefestkassiers Gottfried Höd erregt zurzeit großes Aufsehen. Höd soll sich der Unterschlagung von Mündelgeldern, deren Verwaltung ihm als Vormund übertragen war, schuldig ge-macht haben. Daß der Verhaftete auf großem Fuße lebte und Ausgaben machte, die mit seinem nicht unbedeutenden Einkommen in keinem Verhältnis standen, war hierorts längst bekannt. Un-begreiflich ist es von der vorgehenden Behörde, einen Mann, dessen moralische Qualifikation zu Bedenken schon längere Zeit Veran-laffung gab, in einem derartigen Amte zu belassen. Die Verhaf-tung erfolgte nicht hier, sondern in seiner heimischen Heimat. — (Ferienpagiergänge.) Der letzte Ferienpagiergang fin-det am kommenden Donnerstag wieder nach dem Niederrhein und Ostpark statt. Der Abmarsch erfolgt nachmittags um 1 Uhr von der Frankfurter Landstraße und vom Wiesenerweg aus.

Hanau, 28. Juli. (Wer ist Straßenreinigungss-pflichtig?) Die Hanauer Polizeiverordnung, betreffend die Reinigung der Straßen und Plätze, verpflichtet, soweit nicht die Stadtverwaltung in Frage kommt, die Hauseigentümer und Mieter ganzer Häusergruppen zum Reinigen der Straßen. Eine Anzahl Hausbesitzer und Mieter haben nun mit dem Hanauer Straßen-reinigungsinstitut Friedrich Welsch Verträge abgeschlossen, wonach das Reinigen der Straßen die Firma Welsch übernimmt. Die Polizeiverwaltung hat die Schulweise angewiesen, dem Straßen-reinigungsinstitut sofort auf die Finger zu legen und jeden Ueber-tretungsfall unmissverständlich zur Anzeige zu bringen. So fliegt der Firma Welsch ein Strafmandat nach dem andern auf den Tisch. Sie verlangt nun richterliche Entscheidung darüber mit der Be-gründung, daß nicht sie, sondern die Hausbesitzer und Mieter ent-sprechend der Polizeiverordnung vom 28. Mai 1909 und dem Nach-trag vom 27. März 1913 für das Nichtreinigen der Straßen ver-antwortlich gemacht werden könne. Rechtsanwält Dr. Wichens be-tonnte, daß die Polizei systematisch zu Unrecht gegen Welsch vor-gehe. Welsch könne nicht strafrechtlich, sondern nur zivilrechtlich verantwortlich gemacht werden. Das Gericht kam zur Frei-sprechung, weil der Verhaftete nicht als Täter im Sinne der Polizei-verwaltung in Frage käme. Für das Nichtreinigen der Straßen kämen nur die Hausbesitzer und die Mieter in Betracht. Die Kosten wurden der Staatskasse aufgebürdet. Eine Uebernahme der Kosten der Verteidigung auf die Staatskasse wurde abgelehnt.

Hanau, 27. Juli. (Zur Fortführung der Main-kanalisierung.) Das Landratsamt gibt bekannt, daß die Pläne und Erläuterungen, sowie ein Grundeigentümerverzeichnis betreffend die Fortführung der Mainkanalisierung von der Mahl-mündung bis zum Unterwasser der Staustufe Großkrotenburg vom 27. Juli ab 4 Wochen lang auf dem Bürgermeisteramt in Groß-krotenburg zu jedermanns Einsicht ausliegen, auch können die Pläne während der obenbezeichneten Frist beim hiesigen Landrats-amt eingesehen werden. Widersprüche gegen den Ausbau und An-fordern auf Herstellung von Einrichtungen oder Entschädigungen können schriftlich oder mündlich zu Protokoll beim Gemeindevor-sitzer in Großkrotenburg erhoben werden. Wer innerhalb der ge-stellten Frist keinen Widerspruch gegen den Ausbau erhebt, ver-liert sein Widerspruchsrecht. — (In das hiesige Land-gerichtsgefängnis) wurde der 20 Jahre alte Arbeiter Franz Friedrich Müller aus Eichengell eingeliefert, der bekanntlich auf dem Kriegesfest in Rütten bei Fulda den 20-jährigen Arbeiter Eduard Böhm aus Schmarnau erschossen hat. Der mit verhaftete Schneidergehilfe Gustav Hartmann aus Schmarnau ist aus der Haft entlassen worden. — (Beschlagnahme) wurde in Mittel-buchen ein gestohlenes Fahrrad, Marke Perzules, Modell 61, Fabrik-nummer 183 385.

Aus Frankfurt a. M.

Den Daumen durchgehissen. Zwei Deutschen, die reichlich ge-schnepft haben, gerieten sich gestern in der Dominikanergasse in die Quare. Der Streit fand dadurch ein vorzeitiges Ende, daß der eine Freund dem anderen den Daumen glatt durchhieb. Der „Beißer“ wurde festgenommen, der Gefessene kam ins Heilig-Geist-Hospital.

Erwischter Fahrraddieb. Ein Schlosser stahl in der Ribba-strasse aus einem Fahrradgeschäft ein Rad und fuhr eiligst mit diesem davon. Nach eifriger aber vergeblicher Verfolgung durch den Vorzug bemerkte hatte. Am Bahnhofplatz schon hatte er den Dieb eingeholt und ließ ihn festnehmen.

Militär und Zivil. In der Häusergasse wurden heute früh kurz nach 3 Uhr drei Soldaten von mehreren Fußleuten überfallen und arg mißhandelt. Erst als sich Passanten einmischten und für die Soldaten Partei ergriffen, ließen die Burchen von ihrem Tun ab und flohen. Sie wurden jedoch später ermittelt. Der Vorfall hatte eine große Menschenmenge herbeigelockt.

Kaiser Tod. Die 79-jährige Witwe Wilhelmine Nikolaus wurde gestern in der Schnurgasse von einem Unwohlsein betroffen, dem sie nach wenigen Augenblicken erlag.

Wie heißt die Tote? Auf der Höhe des Schlacht- und Vieh-hofes wurde die Leiche einer etwa 30-jährigen Frau aus dem Main geborgen. Die Tote trug eine weiße, gestricke Bluse, schwarzen Rock, eine große, elenische, goldene Brosche und einen Glanz-lebergürtel. Die Leiche hatte etwa acht Tage im Wasser gelegen.

Lebensmüde. In Ginnheim machte gestern Abend eine 28-jährige Arbeiterfrau ihrem Leben durch Erhängen ein Ende. Ein nervöses Weibchen soll die Frau in den Tod getrieben haben.

Der teure Sonntagsgast. Bei diesen teuren Zeiten hielt es ein Arbeiter aus Bornheim für geboten, einem Wirtshaus einen Stallhansen zu stehlen und diesen in klingende Münze umzuwandeln. Doch den Käufer apate die Neue; er brachte dem Dieb den Haken zurück. So mußte der arme Arbeiter den Haken selbst braten. Und gerade, als gestern morgen der Braten im Topfe schmeckte, erschienen wie von ungefähr Kriminalbeamte in der Küche, schoben den Topf vom Feuer, beschlagnahmten den Haken und nahmen den bestrügten Hakenfreund mit. Der Braten wird sehr teuer zu stehen kommen, da der Arbeiter wegen ähnlicher Geschichten schon vielfach vorbestraft ist.

Vereine und Versammlungen.

Wiesbaden. A.-G.-V. Freundschaft. Heute Probe für Männerchor. **Dieblich. A.-G.-V. Vorwärts.** Nächste Gesang. Donnerstag halb 9 Uhr. Nachher Versammlung.

Briefkasten der Redaktion.

Nach Eiterstadt. Die Notiz für den Vereinsangeiger kam für die gestrige Nummer zu spät.

Das verlängerte Preußen.

Kürzlich sind Herr v. Jagow, der Reichsstaatssekretär für die auswärtigen Angelegenheiten, und Herr Kühn, der Reichsstaatssekretär für die Finanzen, zu Mitgliedern des preussischen Staatsministeriums ernannt worden. Diese Tatsache ist nichts weniger als aufregend; es ist sonst schon oft genug vorgekommen, daß Reichsstaatssekretäre ins preussische Ministerium berufen worden sind; höchstens die Berufung des Herrn Kühn könnte die unheimliche Ahnung erwecken, daß sie mit neuen „Finanzreformen“ des bekannten Schlages zusammenhänge.

Indessen nicht daran knüpft sich die aufgeregte Diskussion, die sich in der bürgerlichen Presse über den Zwischenfall entsponnen hat. Die einen fürchten von ihm eine Verkümmern des altpreussischen Geistes, die andern hoffen von ihm eine Erfrischung des verstockten Vorurteils. Nun werden Furcht wie Hoffnung eigentlich schon durch die Personen der neuen Minister ausgeschaltet; Herr v. Jagow stammt aus Kulosen in der Altmark und Herr Kühn aus Schlawe in Hinterpommern, beide also aus alt- und echt-preussischen Winkeln, und keiner von beiden hat je die Neigung verraten, von altväterischen Wegen abzuweichen. Vielleicht verbirgt sich hinter diesem Streit um des Kaisers Part irgendwelche Kulissenintrigue, die sich vorläufig dem Auge profaner Sterblicher entzieht, aber selbst dann tun die Patrioten — weder die von der Furcht noch die von der Hoffnung — besonders klug daran, die zarten Beziehungen zwischen dem preussischen Staat und dem Deutschen Reich zum Gegenstande eingehender Betrachtungen zu machen.

Am kürzesten und treffendsten sind diese Beziehungen von dem alten Wilhelm, als ihm gegönnt war, den patriotischen Sehnsuchtsraum von Kaiser und Reich zu erfüllen, beleuchtet worden, indem er das Reich ein „verlängertes Preußen“ und den Kaiser einen „Charakter-Major“ nannte, was in seiner militärischen Sprache einen bloßen Titel ohne wirklichen Inhalt bedeuten sollte. Er war durchdrungen von der völligen Nichtigkeit dieser tönenden Worte, mit denen die Nation belohnt wurde für die Ströme von Blut, die ihre blühende Jugend auf hundert Schlachtfeldern vergossen hatte. Sie wäre gewiß sehr enttäuscht worden, wenn sie sofort erfahren hätte, wie gering der Heber selbst von seiner Gabe dachte, aber ihr damaliges Gottvertrauen hat ihr fort und fort unendlich viel schmerzlicher Enttäuschungen eingetragen. Diese Enttäuschungen werden auch fortauern, solange bis sich die allgemeine Erkenntnis durchgerungen hat, daß ein deutsches Reich im Sinne moderner Kultur noch dem Lande der Träume angehört und die rauhe Wirklichkeit, an der wir uns jeden Tag alle Glieder zerstoßen, nur ein verlängertes Preußen ist.

Wilhelm I kannte die Geschichte seines Hauses viel zu genau und ehrte seine glorreichen Vorfahren viel zu sehr, als daß er auf den Gedanken gekommen wäre, ein Reich wiederherzustellen, das sie in jahrhundertelanger Anstrengung gerüttelt hatten. Er wußte sehr wohl, was es mit der „nationalen Mission“ des preussischen Staats auf sich hatte. Einer — begreiflichen — Illusion gab er sich nur insoweit hin, als er den preussischen Staat für ein Werk der Hohenzollern hielt. Das ist ja auch die Auffassung aller gutgesinnten Historiker und überhaupt aller Patrioten. Aber sie geht vollständig in die Irre, denn der preussische Staat ist ein Werk des Auslandes gewesen, in dessen Dienst sich die Hohenzollern um so bereitwilliger gestellt haben, je mehr sie — was freilich selten genug vorkam — nicht unter, sondern ein wenig über dem Durchschnitt menschlichen Charakters und menschlicher Intelligenz standen.

Schon im sechzehnten Jahrhundert verschachtelte der Kurfürst Joachim seine Wahlstimme bei der Kaiserwahl gegen rotes Gold an Frankreich; im siebzehnten Jahrhundert ließ sich der sogenannte Große Kurfürst seinen Verrat an Kaiser und Reich ebenfalls von Frankreich in schwerem Geld bezahlen, und der sogenannte Große König wick im achtzehnten Jahrhundert von der ehrwürdigen Ueberlieferung seiner Ahnen nur insoweit ab, als er sich lieber mit Land, als in Geld ablohnen ließ. Nur mit französischer Hilfe konnte er sich den Raub der Provinz Schlefien leisten, und als sich dieser „Filsgron König“, wie ihn seine französischen Gönner nannten, aus deren Reihensherrschaft lösen wollte, gelang es ihm doch nur so, daß er in die noch viel schmachlichere Vasallenschaft Österreichs geriet.

So ist der preussische Staat ein Werk des Auslandes gewesen, das ihn heraustrückte, um von innen her der europäischen Vorherrschaft des Hauses Habsburg ein Gegengewicht zu bieten und, was von Kaiser und Reich noch übrig war, vollends zu zerstören. Daran mochte nicht viel verloren sein, aber eine „nationale Mission“ konnte diese Genfersarbeit doch auch nicht beanspruchen, so lange sie dem Auslande zum Frommen und Nutzen vollbracht wurde. Nicht auf die Einheit, sondern auf die Verzeihung Deutschlands war sie angelegt, und was in den Jahren 1866 und 1870 geschaffen wurde, war deshalb nur ein „verlängertes Preußen“, wie der alte Wilhelm sehr richtig sagte.

Wir sollten uns diese Tatsache viel gegenwärtiger halten, als im allgemeinen geschieht, denn im letzten Grunde erklärt sich aus ihr all der Jammer, unter dem die deutsche Nation einherkaut. Vom Boden des Reichs aus den preussischen Staat auf die Höhe moderner Kultur zu erheben, ist ein so aussichtsloses Beginnen, als wenn der Wetterhahn eines alten Raubnestes dessen Mauern und Wälle einreihen möchte. Alle ehebnmühtigen Versuche, die die brave Bourgeoisie in dieser Beziehung anstellt, sind in der Tat nur für die Rache, und ihren wehmütigen Klagen über die Herrschaft, die eine Sandvoll Junker über das Deutsche Reich ausübt, geblüht die trockene Antwort: Wenn ihr den bürgerlichen Staat nicht geschaffen habt, solange es an der Zeit war, so könnt ihr euch nicht wundern, daß die Junker ein verlängertes Preußen geschaffen haben.

Am wenigsten aber darf sich die Arbeiterklasse dieser Erkenntnis verschließen. Die Erfahrung eines halben Jahrhunderts hat ihr gezeigt, was es mit der Kaiser- und Reichsherrschaft auf sich hat, und wie wenig alle bürgerliche Veredelbarkeit den Distelftrauch bewegen kann, Feigen zu tragen.

Das verlängerte Preußen kann sich nur erhalten, aber kann auch nur untergehen, durch Mittel, durch die es entstanden ist. Unter diesem Gesichtspunkt muß der Kampf gegen den Militarismus, der in so freudiger Kraft aus der deutschen Arbeiterklasse aufflammt, freudig begrüßt und eifrig gefördert werden. Nicht für das deutsche Volk, wie neulich der Vorsitzende einer Strafkammer meinte, aber allerdings für das verlängerte Preußen ist er eine „sehr gefährliche Sache“, und wie sollten wir ihn nicht mit immer wachsendem Eifer fortsetzen, wenn Moloch schon beim Rollen der ersten Steine die ängstlichen Blicke auf seine tönerne Fäße wirft?

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Lebensmittellieferung und christliche Arbeiter.

Gegen Obst- und Gemüsehöfe wendet sich der Bayerische Städteverband in einer gut begründeten Eingabe an das bayerische Ministerium. Dieses Vorgehen wird von der „Westdeutschen Arbeiter-Zeitung“ lebhaft begrüßt, und andere Verbände werden von ihr aufgefordert, sich ihm anzuschließen. Indessen reist der Leiter der christlich-nationalen Kongresse, Herr Franz Behrens, im Lande umher, um für Obst- und Gemüsehöfe Stimmung zu machen. Gegen diese Agitation hat das westdeutsche Arbeiterblatt nichts einzuwenden, es hätte sich sonst als Nächstebeteiligter an den christlich-nationalen Kongressen gegen die arbeitserfindliche Agitation Behrens mit aller Schärfe wenden müssen. Bisher hat es kein Wort der Mißbilligung fallen lassen. Diese Haltung des katholischen Arbeiterorgans entspricht ganz und gar der bisher von ihm vertretenen Taktik, möglichst inkonsequent zu sein.

Die Soldatenspielererei eine schwere Gefahr.

Das „Leibziger Tagebl.“ ist ein nationalliberales Organ, das der Soldatenspielererei der bürgerlichen Jugendbewegung bisher günstig gestimmt war. Um so bemerkenswerter ist, was dort (in Nr. 375 vom 26. Juli 1914) Prof. Dr. Silberbrandt schreibt. Da heißt es:

Im Anschluß an die Wandervogelbestrebungen hat die ältere Generation versucht, diese jugendentsprossenen Verbände in strafferer Form, wieder mit einem anderen Ziel, der Vereinerung für das Vaterland, zusammenzuschließen oder neue mit veralteten Tendenzen zu schaffen. Niemand wird dieses Bestreben verdammen; wir brauchen noch viel mehr echten werftätigen Patriotismus, der sich, wie so oft in Zeiten wirtschaftlichen Aufschwunges, einermassen verloren zu haben scheint. Aber nichts zu tun mit der Erweckung wirtschaftlicher Vaterlandsliebe hat die Spekulation auf den Gang der Jugend zu soldatischen Spielereien: sie wird gefährlich, wenn sie organisiert. Daß Jungen Soldaten spielen und der eine dem anderen Befehle erteilt, ist selbstverständlich — morgen wird er dafür weiblich „verhauen“, und der andere kommandiert ihn. Trifft aber ein fester Verband an die Stelle des Spieles, wo der Ältere Kraft Realements der Vorgefeste ist, wo Abzeichen und Titel ihn von dem „Untergebenen“ trennen, so muß allmählich dies Verhältnis innerlich und äußerlich auf beide einwirken — die Jugend lebt nicht mehr als freie, unbestimmte Jugend, die spielerische Beziehungen der großen Welt in ihre kleine hineinzieht, bereit, sie sofort wieder, wenn es ihr paßt, zu verlassen — sie gewöhnt sich vielmehr gewissermaßen ex officio an Verhältnisse, die ihr fremd sind, und das wird sich in ihrem Ton und in ihrer Gesinnung auf die Dauer äußern: eine schwere Gefahr!

Also wieder eine Bestätigung der sozialdemokratischen Kritik!

Frankreich.

Der Caillaux-Prozess

Ist immer noch nicht zu Ende. Acht Tage dauert jetzt schon die Gerichtsverhandlung, die mitunter einer Kinematographenprobe verteuelt ähnlich sieht. Auch Henri Bernheim, der Schmarrnadichter, trug sein Teil dazu bei, als er sich kampfhast bemühte, seines toten Freundes Calmette Andenken zu verteidigen. Was dieser Calmette für ein Wütschwein war, das hat der Prozess zur Genüge erhebt. Er hat mit den — Vorzügen seines Körpers mehr „verdient“, als mit seiner Feder; eine Frau Bourdin, die von dem Direktor eines Warenhauses 30 Millionen geerbt hatte, schenkte dem Calmette allein etwa 8 Millionen. — Die Aussagen der Reugen und Sachverständigen lauteten für Frau Caillaux sehr günstig, man glaubt allgemein, daß sie freigesprochen wird.

England.

Su den Kämpfen in Dublin

nahm das Unterhaus am Montag Stellung. Viccol, der Chefsekretär für Irland, gab alle Schuld an dem Zusammenstoß zwischen den schottischen Soldaten und den irischen Nationalisten dem Polizeichef Sir Ross, der bereits demissioniert hat. Auf den Straßen von Dublin gab es am Montag neuerdings Zusammenstöße. Schottische Soldaten mußten vor der wütenden Menge in einen Straßenbahnwagen flüchten. In Thurles ereignete sich eine merkwürdige Szene. Nach den gewöhnlichen Übungen der Freiwilligen knieten 1500 Zuschauer nieder und verdrängten Gebete für die Opfer von Dublin. In Südbirland ist eine Bewegung im Gange, um eine irische provisorische Regierung einzuführen, falls die Home Rule-Bill nicht endgültig angenommen werden sollte.

Aus der Partei.

Die württembergische Landesversammlung.

Die am Samstag und Sonntag abgehaltene Landesversammlung nahm in Verschlüssen Stellung zur Kriegsgefahr. Die von den Vertretern der Parteieninhalten erstatteten Berichte gaben zu größeren Debatten keinen Anlaß. Eine Resolution, die vom Parteitag in Würzburg erwartet, daß er auf eine im Verein mit den Gewerkschaften vorzubereitende wirksame Kundgebung am 1. Mai hinarbeitet, wurde mit Mehrheit angenommen. Die Debatte erstreckte sich u. a. auf eine Beschwerde, die von Stuttgarter Genossen beim Landesvorstand gegen Mitglieder der Stuttgarter Parteileitung eingereicht wurde, und zu deren Erledigung der Landesvorstand die Einsetzung einer unparteiischen Untersuchungskommission beschloß. Zwei während der Debatte eingebrachte Resolutionen wurden zurückgezogen, nachdem eine Verständigung zwischen dem Landesvorstand, dem Kreisvorstand und dem Stuttgarter Ortsvereinsvorstand über die Durchführung der Untersuchung in Aussicht gestellt wurde.

Eine heftige Debatte riefen die Anträge hervor, die sich mit dem Wahlrecht zur Landesversammlung befaßten. Das Ergebnis war der nahezu einstimmig gefaßte Beschluß, die Frage, ob eine Veränderung vorgenommen und ob beziehungsweise die Oberämter oder die Reichstagswahlkreise als Grundlage der Wahl dienen sollen, einer Urabstimmung der Genossen des Landes zu unterbreiten. Entschieden sich eine Mehrheit für eine Veränderung, so soll die nächste ordentliche Landesversammlung über das Wahlsystem Beschluß fassen.

Ueber die Reichspolitik referierte Genosse Silberbrandt, der eingangs die Kriegsgefahr, die Kriegsbege und die

Aufgaben des arbeitenden Volkes in dieser Situation scharf beleuchtete. In den weiteren Ausführungen rückte er die Annahmen des Militarismus und die rückwärtige Macht- und Interessenpolitik der Konservativen in den Vordergrund.

Ueber die Landespolitik erstattete Genosse Dr. Lindemann ein umfassendes Referat, das den reaktionären Zug der württembergischen Regierungspolitik mit den letzten Wahlen in Zusammenhang brachte und die arbeitserfindliche Haltung der bürgerlichen Parteien scharf beleuchtete. Nach kurzer Debatte wurde die folgende vom Landesvorstand vorgeschlagene und von Genosse Keil begründete Resolution einstimmig angenommen:

In Erwägung, daß die Mächte der Reaktion mit erhöhten Anstrengungen auf die Niederwerfung der Massenbewegten Arbeiterbewegung hinarbeiten, daß sie insbesondere den gewerkschaftlichen Kampf der Arbeiter um eine bessere Lebenshaltung durch gesetzwidrige Hemmungen der gewerkschaftlichen Tätigkeit zu unterbinden suchen, daß sie die Organe der Rechtsprechung zur Verfolgung der dem Völkerrfrieden dienenden Gesinnungen und zur Verherrlichung des auf die Unterdrückung des eigenen Volkes abzielenden barbarischen militaristischen Geistes mißbrauchen, daß sie der Erziehung der Arbeiterjugend zu einer freien, proletarischen Lebens- und Weltanschauung mit den Mitteln politischer Gewalttätigkeit in den Weg treten, fordert die Landesversammlung die Arbeiter und Arbeiterinnen Württembergs auf, alle Kräfte einzusetzen, um die Feinde des arbeitenden Volkes, die die Sonderinteressen einer kleinen Minderheit den Lebensbedürfnissen der schaffenden Volksmassen überordnen, in die Schranken zu weisen.

Die Landesversammlung legt zugleich Verwahrung ein, gegen das terroristische Gebahren der Presse, die die gewerkschaftliche Bestimmung republikanischer Hebezeugung zu einer weiteren Entwertung und Anebelung der Sozialdemokratie ausschütet.

Gegen den verschärften reaktionären Zug in der Politik der württembergischen Regierung, insbesondere gegen die Ablehnung der dringenden sozialpolitischen Forderungen und die Verge- waltigung der Arbeiterjugendbewegung erhebt die Landesversammlung entschiedenen Protest. Die erste Kammer hat sich in der letzten Tagung in erhöhtem Grade als ein Werkzeug einseitiger Interessen der bestehenden Klasse erwiesen, das die Verwirklichung sozialer und kultureller Aufgaben rücksichtslos verhindert. Es ist daher die Pflicht der sozialdemokratisch gesinnten Volksmassen, den Kampf gegen die Existenz dieses Privilegien-Parlaments mit gestärkter Kraft fortzusetzen.

Die Landesversammlung fordert Wahrung der gesetzlich gewährtesten Gleichheit auch gegenüber proletarischen Organisationsen jedweder Art. Sie gibt der unerklärlichen Entschlossenheit der Sozialdemokratie Württembergs als eines Gliedes der deutschen und der internationalen Sozialdemokratie Ausdruck, mit allen geeigneten Mitteln den Kampf für volle politische Freiheit und soziale Gerechtigkeit fortzusetzen bis zum endgültigen Siege.

Gegen eine Minderheit fand ferner eine vom Genossen Westmeyer begründete Resolution Annahme, die der Reichstagsfraktion für ihre Tätigkeit im Allgemeinen Anerkennung zollt und das Sittenbleiben beim Kaiserhof begrüßt.

Genosse Fischer-Stuttgart erstattete dann ein kurzes Referat über den internationalen Kongress. Als Delegierte für Württemberg wurden Fischer und Genossin Schradin-Neutlingen gewählt.

Ueber die Jugendfrage sprach Genosse Müller-Verlin. Er lenkte insbesondere die Aufmerksamkeit auf den Militarismus als die treibende Kraft im Kampfe gegen die proletarische Jugend-auffklärung. Ein Antrag, der die Genossen, die ihre Kinder der Arbeiterjugendorganisation nicht zuführen, von Ehrenämtern ausschließen will, wurde abgelehnt. Ein weiterer Antrag, der verlangt, daß die Jugendbeilage der „Tagwacht“ auch den Provinzialblättern beigelegt werden soll, wurde dem Landesvorstand zur Verwirklichung überwiesen.

Zur Frage der Frauenorganisation sprach Genossin Müller. Sie gab insbesondere Anregungen für die praktische Arbeit zur Gewinnung der Frauen. Die bestehende Frauenagitationskommission wurde durch Zuziehung einiger weiterer Mitglieder aus den größeren Wahlkreisen erweitert.

Abgelehnt wurde ein Antrag, der Einleitung des Ausschlußverfahrens gegen solche Parteimitglieder verlangt, die an Veranstaltungen von Kriegervereinen teilnehmen.

Die nächste Landesversammlung findet in Stuttgart statt. In den Landesvorstand wurden die alten Mitglieder wieder an Stelle des ausscheidenden Genossen Frey Steinmeyer gewählt. Die Zusammensetzung des Landesauschusses bleibt dieselbe.

Mit einem anfeuernden Schlußwort des Vorsitzenden Fischer und einem Hoch auf die Internationale erreichte die Versammlung um 3 Uhr ihren Schluß.

Sofort nach Schluß der Landesversammlung zogen die Teilnehmer im Verein mit den Massen der schlinger Arbeiter den Berg hinauf auf die Burg, eine Ruine der alten Stadumwallung, wo selbst eine Kundgebung für den Völkerrfrieden improvisiert wurde. Einem Freisprechchor folgten Ansprachen der Genossen Silberbrandt, Müller, Simon, sowie der Genossinnen Müller und Zellin. Die tausendköpfige Zuhörermenge stimmte der scharfen Kennzeichnung des Chauvinismus und der kapitalistischen Ursachen der Kriege stürmisch zu. Ein Hoch auf den Sozialismus und der Gesang unserer alten Kampflieder bilde den Schluß der eindrucksvollen Zusammenkunft.

Arbeiter- und Angestelltenbewegung.

Ein lehrreicher Vergleich.

Eine auch weitere Kreise interessierende Gegenüberstellung der Finanzgebarung in den freien und in den christlichen Gewerkschaften veröffentlicht der „Proletarier“, das Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter. Er stellt zunächst fest, daß die christlichen Gewerkschaften im Jahre 1913 insgesamt nur 2 498 638 Mark Unterstützung an ihre Mitglieder gezahlt haben, während der Fabrikarbeiterverband allein noch etwas mehr, nämlich 2 515 012 Mark dafür aufwendete, obwohl er nur rund 210 000 Mitglieder hat gegen 340 000 in den christlichen Gewerkschaften. Dann stellt der „Proletarier“ die Einnahmen und Ausgaben, darunter gefordert die Ausgaben für Unterstützungen und das Vermögen im Verband der Fabrikarbeiter den gleichen Kosten in zwei christlichen Verbänden gegenüber, die für ihn als sogenannte Konkurrenzverbände in Frage kommen. Es sind dies der christliche Fabrik- und Hilfsarbeiterverband und der christliche Aemmarbeiterverband. Die absoluten Zahlen dieser Gegenüberstellung interessieren hier nicht, um so mehr die Verhältnissezahlen. Der durchschnittliche Beitrag ist darnach im Verband der Fabrikarbeiter nicht höher als bei den Christen; die Ausgabe pro Mitglied ist aber nicht unwesentlich niedriger. Das heißt, der Verband der Fabrikarbeiter hat einen größeren Bruchteil der Einnahmen seinem Vermögen zuführen können. Betrachten wir aber nicht die Gesamt-ausgabe, sondern nur einen Teil davon, der für Unterstützungen ausgegeben wurde, so zeigt der Fabrikarbeiterverband die weitaus höchste Ziffer. Von seinen Ausgaben fließt also ein weitaus größerer Bruchteil den Mitgliedern in Form von Unterstützungen aller Art direkt wieder zu. Man kann das noch schärfer herausheben durch Feststellung der Tatsache, daß im christlichen Hilfsarbeiterverband von jeder Mark Ausgabe nur 23 Pfennig in Form von Unterstützungen an die Mitglieder zurückfließen, im christlichen Aemmarbeiterverband 40 Pfennig, im Verband der Fabrikarbeiter aber 65 Pfennig. Diese Gegenüberstellung zeigt, daß der Verband der Fabrikarbeiter den beiden christlichen Verbänden nicht nur als Kampforganisation, sondern auch im Unterstützungsweisen weit

